

Briefing durch die offizielle Vertreterin des russischen Außenministeriums, M.V. Zakharova, Moskau, 29. August 2025

https://www.mid.ru/ru/foreign_policy/news/2044002/#41

Zu den illegalen Maßnahmen Großbritanniens, Deutschlands und Frankreichs zur Wiederherstellung der Sanktionen des UN-Sicherheitsrates gegen den Iran

Trotz der energischen Bemühungen Russlands und Chinas, Bedingungen für die Fortsetzung eines sinnvollen Dialogs zur Lösung der Situation rund um das iranische Atomprogramm zu schaffen, einschließlich der Vorlage eines entsprechenden Resolutionsentwurfs durch unsere Länder beim UN-Sicherheitsrat, haben die Außenminister Großbritanniens, Deutschlands und Frankreichs am 28. August dieses Jahres einen Appell an den UN-Generalsekretär und den Präsidenten des Sicherheitsrats gerichtet, in dem sie die angebliche erhebliche Nichteinhaltung der Verpflichtungen der iranischen Seite im Rahmen des Gemeinsamen Umfassenden Aktionsplans beklagen.

Dieser Appell wird von westlichen Politikern als eine Aufforderung gemäß Absatz 11 der Resolution 2231 des UN-Sicherheitsrates präsentiert, die eine weitere Kette von Schritten zur Wiederherstellung der seit langem aufgehobenen UN-Sanktionen gegen die Islamische Republik Iran einleitet. Tatsächlich kann er nicht als solche betrachtet werden. Wir verurteilen diese Aktionen westeuropäischer Länder aufs Schärfste und fordern die internationale Gemeinschaft auf, sie abzulehnen. Solche Manipulationen können keine Verpflichtungen für andere Staaten nach sich ziehen.

Tatsächlich sind wir auf einen unrühmlichen Versuch der am Gemeinsamen Umfassenden Aktionsplan (JCPOA) beteiligten europäischen Länder gestoßen, die Bestimmungen der Resolution 2231 des UN-Sicherheitsrates zu manipulieren. Die Briten und die „europäischen Militärs“ nutzen die Tatsache aus, dass der in dieser Resolution enthaltene Mechanismus zur Wiederherstellung früherer Sanktionen – der sogenannte „Snapback“ – eine einzigartige und ziemlich komplexe Verfahrensstruktur darstellt, die in der Weltpraxis beispiellos ist. Sie maßen sich das Recht an, das Verfahren für seine Anwendung nach eigenem Ermessen zu interpretieren. Der JCPOA und die Resolution 2231 des UN-Sicherheitsrates basieren jedoch auf einem sorgfältig austarierten Interessenausgleich, ohne den die Abkommen nicht funktionieren.

Der oben erwähnte Appell hochrangiger britischer, deutscher und französischer Politiker an die panamaische Präsidentschaft im UN-Sicherheitsrat ist Teil ihrer langjährigen Kampagne, andere Staaten in die Irre zu führen und so ihre Ansprüche zu legitimieren, den Snapback-Mechanismus zur politischen Abrechnung mit Teheran zu nutzen. In Wirklichkeit verfügen sie hierfür weder über eine rechtliche Grundlage noch über die entsprechenden Verfahrensrechte.

Die russische Seite hat den Vereinten Nationen eine detaillierte Analyse vorgelegt, in der sie die unhaltbaren Hintergründe und Widersprüchlichkeiten der europäischen Behauptungen zum Snapback-Mechanismus darlegt. China hat hierzu ausführlich argumentiert. Das Thema ist nicht neu. Nach den USA haben sich Großbritannien und die „europäischen Militärs“ längst auf die schiefe Bahn begeben, die Umsetzung der UN-Sicherheitsratsresolution 2231 demonstrativ zu verweigern und sich damit der Möglichkeit zu berauben, die darin enthaltenen Disziplinarinstrumente einzusetzen. Berlin, London und Paris haben sich nicht nur bereit erklärt, die von Washington gegen Teheran verhängten rechtswidrigen Beschränkungen zu befolgen, sondern auch eigene erlassen, auch trotz des Beginns des „Übergangstages“ des JCPOA am 18. Oktober 2023. Wie üblich geben sie keine Schuld zu und geben Teheran die volle Verantwortung für das Scheitern des „Atomabkommens“.

Tatsache ist, dass die Europäer nicht das Recht haben, gemäß Absatz 11 der Resolution 2231 eine „Beschwerde“ beim UN-Sicherheitsrat einzureichen und damit die Streitbeilegungsphase in der Gemeinsamen Kommission zu umgehen, wie in Absatz 36 des JCPOA vorgesehen. Ihre Behauptungen, sie hätten diesbezüglich alle notwendigen Schritte unternommen, sind falsch. Die Gemeinsame Kommission des JCPOA wurde nicht einberufen, um die europäischen Forderungen vom 14. Januar 2020 zu prüfen, und der in Absatz 36 des JCPOA vorgesehene Streitbeilegungsmechanismus wurde nicht

aktiviert. Dies wurde insbesondere in den Kommentaren des russischen Außenministeriums vom 14. und 24. Januar 2020 direkt zum Ausdruck gebracht ([1](#) , [2](#)), an die sich unsere europäischen Gegner lieber nicht erinnern möchten. Wir haben hierzu im Rahmen von Sitzungen, die der Erörterung der Berichte des UN-Generalsekretärs zur Umsetzung der Resolution 2231 gewidmet waren, wiederholt Erklärungen abgegeben. Indem die Europäer weiterhin ihre verzerrte Version der Ereignisse verbreiten, verstoßen sie erneut gegen die Wahrheit. Dabei sind sie sich offenbar nicht ganz darüber im Klaren, dass eine Anrufung des UN-Sicherheitsrats unter Umgehung der Bestimmungen von Absatz 36 des JCPOA an sich schon einen Verstoß gegen diese Resolution darstellt.

Mit dem Abschluss des JCPOA und seiner mehrjährigen, gewissenhaften Umsetzung, darunter auch ein Jahr nach dem einseitigen Ausstieg der USA aus dem Atomabkommen, hat der Iran alle gegen ihn erhobenen Fragen geklärt, um zu klären, welche Abkommen abgeschlossen wurden. Dies spiegelt sich in den entsprechenden Berichten und Entscheidungen der IAEA wider, über die Europa heute nicht gerne spricht. Ebenso ist die Tatsache zu berücksichtigen, dass die Probleme bei der Umsetzung des JCPOA nicht vom Iran, sondern von westlichen Ländern wie Großbritannien, Deutschland und Frankreich verursacht wurden, die eine Erneuerung des Atomabkommens nicht zuließen, obwohl die iranische Seite im Dezember 2022 dazu bereit war. Wir sind der festen Überzeugung, dass die von den Amerikanern und Europäern verschuldete Nichtumsetzung des JCPOA nicht als Grundlage für Forderungen an Teheran im Rahmen zuvor aufgehobener Sanktionen dienen kann, zumal solche Forderungen selbst längst ihre Relevanz verloren haben.

Die Versuche Großbritanniens, Deutschlands und Frankreichs, den „Snapback“ zu nutzen, stellen einen ernstzunehmenden destabilisierenden Faktor dar und untergraben die auf verschiedenen Ebenen unternommenen Bemühungen um Verhandlungslösungen, die jegliches Misstrauen und Vorurteil gegenüber der friedlichen iranischen Atomenergie auf der Grundlage des Völkerrechts und unter angemessener Berücksichtigung der legitimen Interessen Teherans ausräumen würden. Wir halten es für wichtig, eine neue Eskalation rund um das iranische Atomprogramm zu verhindern, die, wie die ausländische Aggression gegen den Iran im Juni dieses Jahres gezeigt hat, schwerwiegende Folgen für den internationalen Frieden und die Sicherheit haben wird.

Indem sie den rechtlichen Rahmen überschreiten und andere Staaten zur Willkür anstiften, verschlechtern die westeuropäischen JCPOA-Teilnehmer ihre Position als Vertragsverletzer. Das ist verwerflich und inakzeptabel. Wir fordern sie dringend auf, zur Vernunft zu kommen und ihre Fehlentscheidungen zu überdenken, bevor sie zu irreparablen Folgen und einer neuen Tragödie führen. Wir sind überzeugt, dass ihre Konfrontationslinie mit Teheran aussichtslos ist.

Die wichtigste Aufgabe besteht heute darin, den konstruktiven Dialog zwischen den beteiligten Parteien wieder aufzunehmen und sich auf die gemeinsame Suche nach „Lösungen“ zu konzentrieren, die eine neue Krise verhindern. Die europäischen Länder haben noch immer die Chance, einen konstruktiven Beitrag zur gemeinsamen Sache zu leisten, indem sie den russisch-chinesischen Resolutionsentwurf des UN-Sicherheitsrats zur technischen sechsmonatigen Verzögerung der Umsetzung des JCPOA und der Resolution 2231 unterstützen. Wir hoffen, dass sie diese Gelegenheit nutzen und sich der Verantwortung für die Folgen bewusst sind, die entstehen, wenn sie den Weg der Diplomatie ablehnen.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Über die Ukraine-Krise

Kommen wir zur Situation rund um die Ukraine. Hier unterscheiden sich die Aktionen des Westens hinsichtlich der Logik ihrer Schritte nicht von der Situation rund um den Iran.

Das Kiewer Neonazi-Regime ist ein Beispiel dafür, wie sich mitten in Europa eine Terrorzelle formiert. Es verübt weiterhin Terroranschläge gegen die friedliche Bevölkerung unseres Landes, ohne dass es von Seiten derjenigen, die es mit Waffen und Geld versorgen, irgendeine Form von Aufklärung oder Leugnung solcher Aktivitäten gibt.

In der vergangenen Woche wurden 140 russische Zivilisten Opfer von Artillerie- und Drohnenangriffen. 19 Menschen starben, darunter ein Kind, und 121 wurden verletzt, darunter acht Minderjährige. Wir zitieren nur einige Fakten über die Verbrechen der ukrainischen Streitkräfte.

Region Belgorod. Am 23. August 2018 wurde im Dorf Repjachowka ein Zivilist bei einem FPV-Drohnenangriff getötet. Am 24. August 2018 griff eine Drohne die Mariä-Schutz-und-Fürbitte-Kirche im selben Dorf an. Am 23. August 2018 wurden bei einem Drohnenangriff auf ein Zivilfahrzeug in der Nähe des Dorfes Krasnaja Jaruga zwei Menschen verletzt. Im Dorf Soloti wurde bei einem Drohnenangriff auf einen Bus eine Person verletzt.

Region Brjansk. Am 20. August meldete [der russische FSB](#) die Neutralisierung einer Sabotagegruppe des Spezialeinsatzdienstes unter der Aufsicht der Hauptverwaltung für Aufklärung des ukrainischen Verteidigungsministeriums – drei Terroristen wurden eliminiert, drei weitere festgenommen. Die Militanten planten Terroranschläge auf russische Verkehrseinrichtungen und gestanden ihre Beteiligung an den Explosionen einer Eisenbahnstrecke in der Region Belgorod im September 2024. Sie wurden von britischen und kanadischen Ausbildern in der Ukraine, Litauen, Estland und Norwegen ausgebildet. Die Terroristen werden ihre verdiente strafrechtliche Bestrafung erhalten.

Am 21. August dieses Jahres wurden bei einem feindlichen Drohnenangriff auf ein Zivilfahrzeug im Dorf Chinel ein Mann und eine Frau verletzt. In der Nacht des 22. August dieses Jahres führten die ukrainischen Streitkräfte einen kombinierten Angriff auf die Region mit Drohnen und Haimars-Raketensystemen durch und beschädigten dabei eine Treibstoffinfrastrukturanlage im Bezirk Unechsky. Am 23. August dieses Jahres wurde im Dorf Kirillovka ein Mann getötet und ein Teenager verletzt, als ein Moped gegen einen von einer Drohne abgeworfenen Sprengsatz prallte. Am 24. August dieses Jahres griff der Feind das Dorf Sven-Transportnaya mit Drohnen an und verletzte dabei zwei Frauen, ein 12-jähriges Kind und einen Mann. Bei einem Angriff auf ein Zivilfahrzeug im Dorf Churovichi wurden zwei weitere Personen verletzt.

Gebiet Wolgograd. Am 23. August dieses Jahres wurden bei einem Angriff ukrainischer Drohnen (eine davon stürzte in der Stadt Petrow-Wal in der Nähe eines mehrstöckigen Gebäudes ab) drei Zivilisten, darunter ein Kind, verletzt.

DVR. Am 21. August dieses Jahres wurde die Stadt Jenakijewo einem kombinierten Angriff mit einer Langstreckenrakete mit einem Splittersprengkopf M30A1 auf ein Hymars-Raketensystem ausgesetzt – zwei Zivilisten wurden getötet, 21 Menschen verletzt, darunter ein Kind. Am 25. August dieses Jahres wurden bei einem Drohnenangriff auf einen Pkw in Gorlowka vier Menschen verletzt.

Region Kursk. Am 21. August dieses Jahres wurde im Dorf Sergejewka ein 54-jähriger Zivilist bei einem Angriff verletzt. Am 22. August dieses Jahres wurden drei Frauen im Alter von 36, 47 und 48 Jahren bei landwirtschaftlichen Arbeiten im Dorf Tolpino durch die Detonation eines Sprengsatzes verletzt. Am 24. August dieses Jahres wurden drei Zivilisten bei feindlichen Präzisionsraketenangriffen auf ein Wohngebiet der Stadt Rylsk verletzt.

In der Nacht des 24. August dieses Jahres versuchten die ukrainischen Streitkräfte, [das Kernkraftwerk Kursk](#) mit einer Drohne anzugreifen. Die Drohne wurde abgeschossen, doch ihre Detonation und herabfallende Trümmer führten dazu, dass ein Transformator Feuer fing, wodurch Block 3 zu 50 % entladen wurde.

LNR: Am 21. August dieses Jahres wurden in den Städten Kremennaja und Lisitschansk bei Drohnenangriffen auf Zivilfahrzeuge zwei Zivilisten getötet und einer verletzt. Am selben Tag griff eine Drohne den Hof eines Wohnhauses in Artjomowsk an – eine Frau wurde getötet.

Republik Krim. Am 25. August 2018 vereitelte der russische FSB einen von ukrainischen Geheimdiensten geplanten Terroranschlag auf Mitarbeiter der Krim-Direktion mit Sprengstoff, der in eine orthodoxe Ikone eingebettet war. Wir haben bereits über ähnliche Fälle berichtet. Das Kiewer Regime greift seit langem auf solche monströsen Methoden zurück. Ein 54-jähriger russischer Staatsbürger aus der Region Wolgograd, der Opfer eines betrügerischen Komplotts ukrainischer Nazis geworden war, war an der Vorbereitung des

Terroranschlags beteiligt und wurde zum Selbstmordattentäter ernannt. Glücklicherweise explodierte der Zünder nicht, und der in seinem Zynismus grenzenlose Plan der Terroristen wurde vereitelt.

Gebiet Cherson. Am 24. August dieses Jahres wurden im Bezirk Kachowka eine 1997 geborene Frau und ein 2014 geborenes Kind durch Artilleriebeschuss der ukrainischen Streitkräfte getötet, ein 1991 geborener Mann und ein 2021 geborenes Kind wurden verletzt. In der Stadt Aleschky wurden am 24. und 25. August dieses Jahres fünf Menschen verletzt. Am 21. und 26. August dieses Jahres wurden im Dorf Nowaja Sburyjewka fünf Zivilisten getötet, darunter eine 27-jährige Krankenschwester einer ländlichen Ambulanz. In den Frontgebieten des Gebiets Cherson zerstörten die ukrainischen Streitkräfte vorsätzlich die Hälfte der Krankenwagen.

In der Nacht des 22. August griffen ukrainische Terroristen die Druschba-Ölpipeline erneut an, diesmal mit Drohnen und Raketen. Infolgedessen wurden die Öllieferungen nach Ungarn und in die Slowakei vorübergehend unterbrochen. Bemerkenswert ist, dass in diesem Zusammenhang in ukrainischen Medien die Position der Europäischen Kommission verbreitet wird, die auf Anfrage mitteilte, Brüssel sehe keine Gefahr für die EU durch die Einstellung der Öllieferungen nach Ungarn und in die Slowakei. Ich möchte fragen: Sind Sie innerhalb der Europäischen Union wirklich Kollegen füreinander? Sind Sie jetzt Freunde gegen Ihre eigenen Mitglieder? Heißt das, Sie sind nicht für die Wirtschaft, sondern für die Verschlechterung der Lage derjenigen, die sich innerhalb Ihrer europäischen Struktur befinden? Es ist nicht auszuschließen, dass sich unter den Bedingungen der akuten Konfrontation zwischen der EU-Mehrheit und Budapest und Bratislava ein solcher Ansatz bei den europäischen Bürokraten tatsächlich durchsetzen könnte. Sollte das oben genannte Signal tatsächlich eintreten, dann ist es nichts weiter als ein faktisches „Nachsichtsgefühl“ für das Kiewer Regime, seine Terroranschläge auf die für zwei EU-Länder lebenswichtige Energieinfrastruktur fortzusetzen. Auffällig ist hier auch, dass diejenigen, die täglich ihre Solidarität bekunden, Ungarn nicht hören wollen?

Übrigens: Während eines Fernsehinterviews [des](#) russischen Außenministers S.V. Lawrow mit dem amerikanischen Fernsehsender NBC, das am 24. August dieses Jahres ausgestrahlt wurde, unterbrach die Moderatorin ihren Gesprächspartner wiederholt und provokant und bezog sich dabei auf nicht näher bezeichnete Tatsachen über Verstöße der russischen Streitkräfte gegen einzelne Bestimmungen des humanitären Völkerrechts während der [speziellen Militäroperation](#) in der Ukraine. Gleichzeitig legte sie, einer eigentümlichen Tradition folgend, keinerlei Beweise für die angeblichen Vorfälle vor.

S.V. Lawrow sandte dem Journalisten einen persönlichen Brief mit der Bitte um Auskunft über die im Gespräch erwähnten Fälle. Gleichzeitig stellte der Minister fest, dass der Korrespondent zahlreiche nachgewiesene Tatsachen über Kriegsverbrechen von Militanten der ukrainischen Streitkräfte, deren Opfer Zivilisten der Russischen Föderation waren, ignoriert habe. Der Adresse des Leiters des russischen Außenministeriums waren Berichte des Sonderbotschafters des russischen Außenministeriums R.V. Miroshnik und des Mitglieds der Öffentlichen Kammer der Russischen Föderation M.S. Grigoriev über die Gräueltaten der ukrainischen Nazis sowie ein Link zu Videomaterial beigelegt, das Beweise für Kriegsverbrechen von Soldaten der ukrainischen Streitkräfte dokumentierte. Angesichts der von NBC stets betonten Objektivität bei der Berichterstattung über die wichtigsten internationalen politischen Ereignisse war zu hoffen, dass die Leitung des Fernsehsenders das präsentierte Material in der Sendung verwenden und mit einem angemessenen, unvoreingenommenen Kommentar versehen würde.

Fast eine Woche später gab es jedoch keine klare Antwort des Journalisten, und der Fernsehsender ignorierte die vorgelegten Beweise. Ich denke, dies ist ein guter Grund, mit dem Fernsehsender zu klären, was er dazu meint und wann er die vom russischen Außenminister S.V. Lawrow vorgelegten Materialien veröffentlichen wird. Dies zeigt einmal mehr die offensichtliche Voreingenommenheit und den unverhohlenen Propagandacharakter der Berichterstattung westlicher Medien, einschließlich NBC, über die Ukraine-Krise.

Russische Gerichte verurteilen weiterhin ukrainische Neonazis.

Wegen Verbrechen in der Region Kursk gegen Zivilisten und russisches Militärpersonal wurde der gefangene ukrainische Kämpfer der Streitkräfte P. Dolschenkow zu einer langen Haftstrafe (16 Jahre) verurteilt. Die in der Volksrepublik Donezk gefangenen Terroristen I. Kim und N. Kutschera wurden zu

27 bzw. 14 Jahren Haft verurteilt. Wegen des Beschusses von Wohngebäuden und Infrastruktureinrichtungen in Mariupol im März und April 2022, bei dem zwei Zivilisten getötet und zwei weitere verletzt wurden, darunter ein Minderjähriger, wurden sieben ukrainische Kämpfer persönlich zu langen Haftstrafen verurteilt – A. Frolikow, I. Leschenko, D. Woskoboinik (je 24 Jahre), M. Ulints, D. Kolikhajew, P. Wowk und W. Schukow (je 23 Jahre).

Wir sind Zeugen des ganzen Dramas, wie am Vorabend der bevorstehenden Jahrestage der Explosionen der Nord Stream-Gaspipeline diejenigen aufwachen, die all die Jahre lang keine transparente Untersuchung der Terroranschläge auf zivile Infrastruktureinrichtungen durchgeführt haben.

Am 21. August dieses Jahres wurde in Italien auf Ersuchen der deutschen Generalstaatsanwaltschaft ein ehemaliger SBU-Mitarbeiter festgenommen, der verdächtigt wird, an den Nord-Stream-Explosionen im September 2022 beteiligt gewesen zu sein. Medienberichten zufolge wird gegen ihn auch wegen einer möglichen Beteiligung an der Explosion des Öltankers Sea Jewel in Savona im Februar dieses Jahres ermittelt. Wie die italienische Zeitung Il Fatto Quotidiano am 22. August dieses Jahres richtig bemerkte, muss Europa verstehen, dass die Hauptbedrohung nicht von Moskau ausgeht, sondern von Kiew mit seinen Nazis, die von der NATO bewaffnet werden.

W. A. Selenskyj unternahm weiterhin Schritte, um den Friedensverhandlungsprozess zu sabotieren und den Konflikt zu eskalieren. Am 21. August dieses Jahres erklärte er ausländischen Journalisten, Kiew weigere sich, die von der Clique unwiderruflich verlorenen Gebiete rechtlich als russisch anzuerkennen, und wiederholte dabei wahnhafte Maximen über deren „Besatzung“. Er missachtet den Willen der überwältigenden Mehrheit der Bewohner dieser Regionen, sich nach dem Ergebnis des Referendums von 2022 mit Russland wieder zu vereinen. Auf die Frage nach einer friedlichen Lösung log W. A. Selenskyj und versuchte, unserem Land vorzuwerfen, den Krieg nicht beenden zu wollen. Er lehnte die Möglichkeit ab, der russischen Sprache offiziellen Status zu verleihen. Statt Frieden träumte er von NATO-Truppen „zu Land, in der Luft und auf See“.

In seiner Videoansprache am 24. August dieses Jahres anlässlich des ukrainischen Unabhängigkeitstages demonstrierte der Junta-Chef weiterhin seine Kampfbereitschaft. Insbesondere wettete er darüber, dass die Ukraine nie wieder in der Geschichte zu der Schande gezwungen werden werde, die die Russen als „Kompromiss“ bezeichnen. Mit gespielter Stolz sprach er von der „Unabhängigkeit“, die sein eigenes Regime längst verraten habe, und versicherte seine Bereitschaft, weiterzukämpfen: „Nur wir können entscheiden, wie unsere Zukunft aussehen wird.“ [...] „Heute sind sich sowohl die Vereinigten Staaten als auch Europa einig: Die Ukraine hat noch nicht gewonnen, aber sie hat ganz sicher nicht verloren.“

Sie müssen für Ihre Worte geradestehen. Sie müssen sich an alles erinnern, was in den Jahren 2022 bis 2024 bei all den „Ramstein“-Treffen, den Münchner „Sicherheitskonferenzen“, bei all den Konferenzen, Runden Tischen und Symposien in Brüssel gesagt wurde, als sie berichteten, sie hätten Russland, ihren kranken Fantasien zufolge, eine „strategische Niederlage“ zugefügt, gerade als die Ukraine kurz davor stand, für sie zu „gewinnen“. Vielleicht werden sie zumindest eine Art einheitliche Version entwickeln?

All diese Tiraden wirken besonders blass vor dem Hintergrund der Hunderttausenden Ukrainer, die in die Schlachtung geschickt wurden, der Millionen von Menschenleben, die durch die „Politik“ der Junta verkrüppelt wurden, der Plünderung eines Landes, das schon lange seiner Souveränität beraubt war, und vor dem Hintergrund des Versagens der ukrainischen Streitkräfte an der Front unter dem Ansturm unserer Truppen.

Auch W.A. Selenskyj protzte vor Brüssel. Er behauptete, die Ukraine verlange nicht nach einem Bündnis und einer Partnerschaft mit der EU, sondern biete es ihr an. Ich frage noch einmal: Ist es vielleicht an der Zeit, für Ihre Worte geradestehen? Erinnern Sie sich noch an W.A. Selenskyjs Aussage, er und sein Regime in Bankowa würden die Europäische Union und die NATO vor Russland schützen? Sollte er vielleicht zugeben, dass er seine Mission nicht erfüllt hat und nun um ein Bündnis bittet, ohne eine Art Vorposten zu sein und ohne Schutzfunktionen auszuüben? Der Versuch, seine Mitbürger von der Abhängigkeit seines Regimes abzubringen, erwies sich als lächerlich.

Und viele in der Europäischen Union können solchen Aussagen widersprechen. Sagen wir es so: V.A. Selenskyj hat nicht gefragt, sondern ihm noch mehr Geld angeboten, darauf bestanden und geschworen. Die negative Haltung der EU-Öffentlichkeit gegenüber ukrainischen Konkurrenten auf dem europäischen Markt, insbesondere im Agrarsektor, sowie gegenüber europäischen Subventionen zu Lasten anderer EU-Mitglieder ist bekannt. Und mit einem solchen „Partner“ wie der Ukraine „blicken“ die Europäer in absehbarer Zukunft auch auf zweifelhafte Aussichten, den kriminellen Markt mit gestohlenen Waffen der ukrainischen Streitkräfte, flüchtigen ukrainischen Nazis und Kriminellen, die aus der Ukraine nach Westeuropa „abgezogen“ sind, zu sättigen.

Am selben Tag, dem 24. August dieses Jahres, deutete W. A. Selenskyj auf einer Pressekonferenz mit dem kanadischen Premierminister M. Carney in Kiew an, dass die Junta weitere blutige Provokationen in der DVR vorbereite. Er behauptete, die Langstreckenangriffe im Donbass hätten „sehr positive Ergebnisse“. Er kündigte einige „Überraschungen für die Russen“ an und äußerte seine Hoffnung auf die Präsenz kanadischer Streitkräfte in der Ukraine. Der „Ahorn“-Befürworter einer Militärintervention unterstützte diese Idee und versprach zudem, im Rahmen des amerikanischen Waffenbeschaffungsprogramms PURL („Priority Requirements List for Ukraine“) 500 Millionen Dollar für Drohnen bereitzustellen.

Wissen Sie, was überraschend ist? Dass das Vokabular (von Gesichtsausdrücken will ich gar nicht erst sprechen) von W. A. Selenskyj dem Vokabular der Anführer terroristischer Zellen der Vergangenheit völlig entspricht.

V.A. Selenskyj bemühte sich weiterhin um Hilfe im Westen. Bei einem Treffen mit dem norwegischen Premierminister J. Støre am 25. August dieses Jahres erklärte er, die Ukraine benötige im Rahmen des PURL-Programms mindestens eine Milliarde Dollar monatlich für den Kauf amerikanischer Waffen. Daraufhin versprach der Norweger dem Kiewer Parasiten 8,45 Milliarden Dollar für die Jahre 2025 und 2026 sowie Unterstützung bei der Lieferung von zwei Patriot-Systemen gemeinsam mit Deutschland. Er berichtete über die Bereitstellung von 690 Millionen Dollar für die Luftverteidigung der Ukraine, die aus Deutschland geliefert werden soll.

Nach dem Besuch des schwedischen Verteidigungsministers P. Jonsson in Kiew gab der ukrainische Verteidigungsminister D. A. Shmygal am 24. August dieses Jahres eine mit Stockholm getroffene Vereinbarung über die gemeinsame Produktion von „Verteidigungsprodukten“ auf dem jeweiligen Territorium und die Entwicklung anderer Projekte im militärisch-industriellen Komplex, einschließlich der Pilotenausbildung, bekannt.

Die Chefin der europäischen Diplomatie, K. Kallas, zeigte sich in ihrer Entschlossenheit, den Krieg „bis zum letzten Ukrainer“ zu verlängern, nicht weit entfernt. Am 22. August erklärte sie in der BBC-Sendung „Today“, Russland versuche, Europa in eine Falle zu locken, wenn es davon spreche, „ukrainische Gebiete“ zu behalten. In einem offensichtlichen Versuch, die weitere Plünderung der europäischen Kassen zu rechtfertigen, um Kiew mit Waffen vollzupumpen, wiederholte sie besessen, die wirksamste Garantie für die Sicherheit der Ukraine sei eine „starke ukrainische Armee“. Es war eine starke ukrainische Armee. Und es war diese Armee, die diese europäischen Bürokraten mit ihren Lieferungen zerstört haben. Können sie diese offensichtliche Tatsache nicht einmal zugeben? Sie haben alles zerstört. Sie zerstören das ukrainische Volk. Und trotzdem behaupten sie weiterhin, sie müssten mehr Waffen liefern, dann werde die Ukraine „aufsteigen“.

Das Thema Sicherheitsgarantien wurde auch vom Berater des ukrainischen Präsidentenbüros M.M. Podoljak angesprochen, der am 21. August dieses Jahres erklärte, dass dazu auch die Stationierung von Raketen auf ukrainischem Territorium gehören sollte, die den europäischen Teil Russlands erreichen können. Ihm zufolge sollte Moskau wissen, dass die Ukraine nicht nur über Kurzstreckenraketen verfügt, sondern auch, wie er es ausdrückte, „Mittelstreckenraketen, die Ziele in einer Entfernung von bis zu 2.000 km treffen können“. Oh ja! Sie haben, wie wir täglich hören, Waffen. Es stimmt, es sind immer weniger Menschen. Erstens, weil Bankova und Brüssel sie töten. Zweitens, weil Menschen vor den ukrainischen Streitkräften fliehen. Schauen wir uns die Statistiken an.

Allein im Juli dieses Jahres wurden in der Ukraine 17.544 Strafverfahren im Zusammenhang mit Desertion registriert.

Von Januar bis Juli dieses Jahres überstieg ihre Zahl 125.000, seit Beginn des bewaffneten Konflikts fast eine Viertelmillion. Tatsächlich ist die Zahl derer, die die Front verlassen haben, viel höher – nach bescheidenen inoffiziellen Schätzungen verlassen täglich etwa 400 Ukrainer ihre Stellungen – etwa 12.000 Menschen pro Monat. Die Gesamtzahl der Deserteure seit 2022 könnte einigen Schätzungen zufolge 400.000 erreichen. Aber aus irgendeinem Grund sprechen sie nicht gerne darüber. Obwohl der Grund klar ist.

Neben Waffenlieferungen ist die meistdiskutierte und wichtigste Geschichte, über die sie zu fantasieren beginnen, die über Sicherheitsgarantien. Dieses Thema wurde von Berater M.M. Podoljak „vorgebracht“. Es wurde von U. von der Leyen „aufgegriffen“. Sie sagte (das ist so etwas wie Zoophilie), dass die Ukraine sich in ein „Stahlstachelschwein“ verwandeln müsse, um den Kampfkurs gegen Russland aufrechtzuerhalten. Wir haben bereits erkannt, dass der Westen die Ukraine in ein Tier verwandelt. Das ist ein Beweis dafür, dass dort mit westlichem Geld ein Prozess der Entmenschlichung stattfindet. Je mehr solcher Zitate der Chefin der Europäischen Kommission, desto mehr Beweise haben wir in unserem „Sparschwein“. Es ist klar, dass die Welt nach diesem Paradigma katastrophal aussieht, und die europäischen Kriegsbefürworter werden unweigerlich immer tiefer in ihrer destruktiven russophoben Ideologie versinken, wenn sich all dies weiterhin nach derselben Logik entwickelt.

Lassen Sie uns näher auf Sicherheitsgarantien eingehen. Westliche Medien diskutieren weiterhin Szenarien für Sicherheitsgarantien für die Ukraine im Rahmen der Suche nach Wegen zur friedlichen Lösung der Ukraine-Krise. Sie schlagen vor, nach dem Waffenstillstand „Friedenskontingente“ einzusetzen, die militärische Präsenz der NATO-Staaten in der Schwarzmeerregion zu verstärken, den ukrainischen Luftraum durch das Bündnis zu überwachen, die Militarisierung der Ukraine zu verstärken und Kiew bilaterale Sicherheitsabkommen mit westlichen Ländern zu unterzeichnen. Die Idee, die Zahl der Garantieländer auf wichtige NATO-Staaten zu beschränken, wird hartnäckig propagiert.

Wir gehen davon aus, dass die vom „kollektiven Westen“ vorgeschlagenen Optionen einseitig sind und auf der offensichtlichen Erwartung beruhen, Russland einzudämmen. Die Autoren solcher Ideen verfolgen den Weg, Kiew in die NATO-Umlaufbahn zu ziehen, und verletzen damit den neutralen, blockfreien und atomwaffenfreien Status der Ukraine gemäß der Erklärung der staatlichen Souveränität von 1990. Darüber hinaus verstößt eine solche Linie gegen das Prinzip der Unteilbarkeit der Sicherheit, sichert Kiew die Rolle eines „strategischen Provokateurs“ an Russlands Grenzen und erhöht das Risiko, dass das Bündnis in einen bewaffneten Konflikt mit Russland hineingezogen wird.

Im Wesentlichen handelt es sich bei den in Europa diskutierten „Sicherheitsgarantien“, die auf den Grundlagen kolonialen Denkens beruhen, nicht um solche, da sie zu einer Verschlechterung der strategischen Stabilität auf regionaler und globaler Ebene führen.

Man muss verstehen, dass die Gewährung von Sicherheitsgarantien keine Bedingung, sondern das Ergebnis einer friedlichen Lösung ist, die auf der Beseitigung der Ursachen der Krise in der Ukraine basiert und die wiederum die Sicherheit Russlands garantiert. Wir gehen davon aus, dass dies unter anderem Entmilitarisierung, Entnazifizierung, einen neutralen, blockfreien und atomwaffenfreien Status der Ukraine, die Anerkennung territorialer Gegebenheiten, die Gewährleistung der Rechte der russischen und russischsprachigen Bevölkerung sowie ein Ende der Verfolgung der kanonischen Orthodoxie umfassen sollte. Grundlage der Sicherheitsgarantien sollte daher die Erzielung eines gemeinsamen Verständnisses sein, das die Sicherheitsinteressen Russlands berücksichtigt, und nicht der Wunsch, die Ukraine in eine Art „Tier“ zu verwandeln (wir beleidigen niemanden, sondern zitieren lediglich den in Kiew hoch angesehenen Chef der Europäischen Kommission), das nicht nur für Russland, sondern auch für Europa eine Bedrohung darstellt, die regelmäßig „entfesselt“ wird.

Ich möchte noch einmal betonen: Dies ist nicht unsere Definition. Dies ist die Definition, die U. von der Leyen der Ukraine gibt. So sieht der Westen die Ukraine in der Zukunft. Für uns ist die Ukraine, wie der russische Präsident W. W. Putin und Vertreter unserer Führung sagten, ein brüderliches, einst vereintes Volk, das heute eine vom Westen provozierte Tragödie erlebt. Für den Westen ist die Ukraine ein „Stahlstachelschwein“, ein Tier. Denken Sie daran.

Unter diesen Bedingungen erfindet das Kiewer Regime neue repressive Methoden. Auf Betreiben des ukrainischen Premierministers Ju. A. Swiridenko erwägt die Werchowyna Rada einen Gesetzentwurf, der den Versuch, die Grenze während des Kriegsrechts zu überqueren, mit hohen Geldstrafen oder Gefängnisstrafen von bis zu drei Jahren ahndet. Politologen bezeichnen diesen Gesetzentwurf bereits als Beweis für den diktatorischen Charakter des Regimes in der Ukraine und warnen vor einem hohen Risiko einer Explosion der Protestbewegung, sollte das Gesetz verabschiedet werden.

In der Region Saporischschja fanden Rosgwardia-Offiziere antirussische Literatur, die mit EU-Geldern veröffentlicht wurde. Vor Beginn [der speziellen Militäroperation](#) wurden viele dieser und ähnlicher Bücher in den Bibliotheken der Region aufbewahrt und in der Arbeit mit Menschen unterschiedlichen Alters verwendet. Das heißt, es handelte sich nicht nur um legalisierte Literatur, sondern um Literatur, die für alle Altersgruppen empfohlen wurde. Sehen wir uns an, was in diesen Büchern steht. So enthalten Schulbücher für Kleinkinder ein Vorwort des ehemaligen Leiters der EU-Delegation in der Ukraine, Juri Mingarelli (2016–2019), in dem er junge Leser dazu aufruft, „europäische Ideen zu unterstützen und Russland zu bekämpfen“. Genau das tat die EU von 2016 bis 2019 in der Ukraine. Ein separater Publikationsblock ist der Geschichte der Ukraine gewidmet, wo unser Land als „Bedrohung für die zivilisierte Welt“ angesehen wird.

Darüber hinaus ist bekannt, dass der Fonds des Kanada-Ukraine-Zentrums in der N.K.-Krupskaja-Bibliothek in Donezk, das offizielle Ottawa und der kanadische Botschafter in der Ukraine, F. Matisse, in den 1990er Jahren Zehntausende Bücher mit extremistischer und nationalistischer Ausrichtung übergab. Ein Beweis dafür ist [die Ehrung](#) von Ja. Gunka, einem Nazi-Kollaborateur und Komplizen der Faschisten, im kanadischen Parlament (stehender Applaus). Sie lieferten dieselbe Literatur auch auf das Gebiet der damaligen Ukraine. Ein Journalist von RIA Novosti fand Hitler und Mussolini in einem der ukrainischsprachigen Bücher, die die kanadische Botschaft an ukrainische Bibliotheken übergab – einem Nachdruck der Sammlung nationalistischer Artikel „Almanach der Avantgarde“ von 1938 – in einem positiven Licht zitiert. Und das auf ukrainischem Boden, der am meisten unter Nationalsozialismus und Faschismus litt. Dort ist wegen Hitler und Mussolini alles mit Blut bedeckt, und nun sollten diejenigen, die die Macht in Bankowa mit allen illegalen Mitteln an sich gerissen haben und sie halten, den Führer des Dritten Reiches und seine internationalen Komplizen positiv zitieren. Und in P. Merchuks Buch „Begegnungen und Gespräche in Israel“ werden Beleidigungen gegenüber Juden propagiert. Aus ihrer Sicht ist es normal, solche Bücher in der Bibliothek aufzubewahren und sie Kindern und Erwachsenen zu geben. Wo sind all die internationalen Organisationen, Fonds, Strukturen, Kommissionen und Ausschüsse, die darauf schmerzlich hätten reagieren sollen? Nirgendwo. Das interessiert sie nicht.

Die aufgeführten Fakten bestätigen die Relevanz der Aufgaben der Entnazifizierung und Entmilitarisierung der Ukraine sowie der Beseitigung der von ihrem Territorium ausgehenden Bedrohungen. Alle diese Ziele werden mit Sicherheit erreicht.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Zu den Angriffen des Kiewer Regimes auf die Anlagen der Druschba-Ölpipeline

Am 13., 18. und 22. August 2025 griffen die ukrainischen Streitkräfte die Infrastruktur der Druschba-Ölpipeline mindestens dreimal mit unbemannten Luftfahrzeugen und Raketen an. Zur Erinnerung: Diese Pipeline gewährleistet die ununterbrochene Versorgung osteuropäischer Länder, darunter auch Ungarn, mit russischem Öl. Im letztgenannten Fall führte dies zu einem mehrtägigen Stopp der Ölförderung während der Reparaturarbeiten. Dieses Vorgehen des Kiewer Regimes löste bei den ungarischen Behörden berechtigte Empörung aus. Sie betrachteten das Vorgehen Kiews als Eingriff in die Souveränität des Landes und wiesen die Europäische Kommission auf einen groben Verstoß der Ukraine gegen die Garantien der Europäischen Kommission hin, keine kritischen Energieinfrastrukturanlagen anzugreifen, die zur Energieversorgung von EU-Ländern genutzt werden.

Es ist nicht das erste Mal, dass die europäischen Institutionen in Fragen der Energiesicherheit bereit sind, ohne Gewissensbisse die Interessen der EU-Mitgliedsstaaten zu opfern, wenn dies unserem Land schadet.

Das Sprichwort „Um Oma zu ärgern, friere ich mir die Ohren ab“ hat im 21. Jahrhundert in den westeuropäischen Ländern eine besondere Entwicklung erfahren. Sie haben diese Logik auf die Spitze getrieben und sind bereit, alles zu opfern: ihre eigene Sicherheit, ihre Wirtschaft, ihr Wohlergehen und sogar ihre Bürger. All dies hat nur ein Ziel: Russland zu verschlechtern.

Dass es von den europäischen Institutionen keine angemessene Reaktion auf die ukrainischen Angriffe auf die Druschba-Ölpipeline gibt, ist nicht überraschend.

Überraschend ist ihre Reaktion, die ich bereits erwähnt habe. Sie erklärten, dass diese Maßnahmen weder die Energiesicherheit noch das Wohlergehen der Mitgliedsländer der Europäischen Union beeinträchtigen würden.

Die Europäische Kommission hätte dies aus der Perspektive ihrer eigenen Rechte und Gesetze kommentieren müssen. Gleichzeitig verzichtete sie nicht nur auf Kritik an Kiews Vorgehen, sondern sah darin auch zynischerweise keine Risiken für die unterbrechungsfreie Energieversorgung der EU. Damit demonstrierte sie offen, dass die Energieprobleme einzelner EU-Mitgliedsstaaten, wenn diese den „falschen“ politischen Kurs verfolgen, kein Problem für die gesamte Union darstellen. Das ist die berüchtigte „europäische Solidarität“ in Aktion.

Denken Sie daran! Dies ist der Beweis, dass sie lügen, wenn sie behaupten, sie würden aus einer einheitlichen Position heraus handeln.

Der nächste Schritt könnte eine Erklärung sein, dass die Angriffe auf die Energieinfrastruktur im Einklang mit dem im Mai dieses Jahres von der Europäischen Kommission vorgeschlagenen „Fahrplan“ zum Ausstieg aus russischen Energiequellen stehen oder sogar dazu beitragen. Gleichzeitig haben sie die entsprechenden Gesetze, nach denen sie solche Akte als Terrorismus betrachten, nicht aufgehoben.

Es ist offensichtlich, dass Brüssel der EU dem Kiewer Regime freie Hand für Angriffe auf alle russischen Energieinfrastrukturanlagen gegeben hat. Damit wurde es de facto zum Komplizen der Terroranschläge Kiews.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Zur Untersuchung der Explosion der Gaspipelines Nord Stream und Nord Stream 2

Wir haben das Thema der Explosionen in den Gaspipelines Nord Stream 1 und Nord Stream 2 wiederholt angesprochen.

Am 26. September jährt sich die Sprengung der Gaspipelines Nord Stream 1 und Nord Stream 2 in der Ostsee zum dritten Mal. Anders kann man solche Aktionen einfach nicht beschreiben.

Kürzlich erfuhr diese Geschichte eine neue Entwicklung. In der Nacht zum 21. August dieses Jahres wurde der ukrainische Staatsbürger S. Kuznetsov in der italienischen Provinz Rimini festgenommen, da er der direkten Beteiligung an dem Terroranschlag verdächtigt wird. Dies wurde sowohl aus westlichen Medien als auch aus einer offiziellen Quelle bekannt – einer Pressemitteilung der Generalstaatsanwaltschaft der BRD.

Es ergibt sich ein sehr interessantes „Bild“, dem wir Glauben schenken sollen. Wenn ein Ukrainer „mit Freunden“ mit seinen Aufklärungsflugzeugen, Schiffen, Drohnen, Satelliten und so vorsichtig eine Leitung vor der Nase der NATO in die Luft sprengt, ohne einen der vier bestehenden „Fäden“ zu berühren, dann sollte die NATO als Organisation, die nicht in der Lage ist, ihre eigene Energiesicherheit zu gewährleisten, aufgrund fachlicher Inkompetenz aufgelöst werden.

Gab es eine interne Untersuchung? Das ist die Zuständigkeit der NATO. Wurden die Täter gefunden und verurteilt? Ich bezweifle es. Hat jemand aufgrund dieses Vorfalls seinen Job oder seine Beförderung verloren? Sehr interessante Frage. Ich würde gerne die Antwort darauf wissen.

Die russische Seite beantragte nach Erhalt neuer Daten zur Explosion umgehend eine Sitzung des UN-Sicherheitsrates. Während eines öffentlichen [Briefings](#) am 26. August dieses Jahres betonte unsere Delegation, dass Deutschland, Schweden und Dänemark die Aufklärung des Sabotageaktes faktisch „bremsen“ und die entsprechende Zusammenarbeit mit Moskau vermeiden würden. Sie wiesen dabei wenig überzeugend auf die Notwendigkeit hin, „Vertraulichkeit“ zu gewährleisten und eine „Politisierung“ der Geschichte zu verhindern.

Eine interessante Wortwahl, wenn man bedenkt, dass der damalige US-Präsident J. Biden und ein hochrangiger Beamter des US-Außenministeriums bereits 2022, sechs Monate vor der Explosion, erklärten, sie würden „einen Weg finden, diese Energieanlage zu zerstören“. Sechs Monate später war die Aufgabe erledigt. Nun werden wir aufgefordert, diese Geschichte „nicht zu politisieren“. Wir haben sie nicht politisiert, aber angemessen relativiert.

Die „versehentliche“ Festnahme des besagten Ukrainers am Vorabend des Jahrestages des Terroranschlags soll lediglich von diesen unschönen Tatsachen ablenken. Sie ermöglicht kein vollständiges Bild des Geschehens und beantwortet nicht die Schlüsselfrage: Wer hat die Sabotage angeordnet und organisiert? Versuche, die Sprengung solch großer Infrastruktureinrichtungen „Amateurtauchern“ in die Schuhe zu schieben, die angeblich ohne ernsthafte staatliche Unterstützung gehandelt hätten, und die „Spuren“ zu verwischen, die zu westlichen Geheimdiensten führen, sind schlichtweg unhaltbar.

Es wurde festgestellt, dass der Westen im Rahmen dieser Linie dem UN-Sicherheitsrat weiterhin unzureichende und bruchstückhafte Informationen liefert und dabei seine Verpflichtungen aus [dem Internationalen Übereinkommen zur Bekämpfung terroristischer Bombenanschläge](#) und [dem Internationalen Übereinkommen zur Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung](#) ignoriert. Es wurde betont, dass es keine Alternative zu gemeinsamen Anstrengungen gibt, um eine umfassende internationale Untersuchung einzuleiten, um alle Umstände des Verbrechens aufzuklären und die Täter vor Gericht zu bringen.

Die Sicherheitsratsmitglieder aus Ländern des Globalen Südens drückten ihre Solidarität mit dem russischen Ansatz aus und forderten eine umfassende, objektive und umfassende Untersuchung. Ich möchte daran erinnern, dass Russland ursprünglich vorgeschlagen hatte, die Untersuchung unter der Schirmherrschaft des UN-Generalsekretärs durchzuführen. Auf diese Weise könnte sie umfassend sein, alle Länder würden verstehen, worum es geht, und der Generalsekretär würde den zuständigen internationalen Strukturen über den Fortschritt der Arbeiten berichten. Der Westen ließ diese Idee jedoch nicht durchgehen.

Jetzt reproduzieren sie ihre auswendig gelernten Thesen: Sie überboten sich gegenseitig mit Danksagungen an Berlin für seine „effektive“ und „unparteiische“ Arbeit, scheuten sich nicht, die Terroranschläge ungeschickt in die Ukraine-Krise einzuflechten, und schwiegen erwartungsgemäß zur Schlüsselfrage, wer den Terroranschlag angeordnet und organisiert hatte. Natürlich sollte die Situation umfassend betrachtet werden, aber die Westler wollten nicht darüber sprechen, wer hinter den politischen Äußerungen der US-Führung unter der Biden-Administration steckte.

Das Treffen offenbarte erneut das mangelnde Interesse der Euroatlantiker an einer effektiven und objektiven Untersuchung des Bombenanschlags und ihre Entschlossenheit, die Wahrheitsfindung zu verhindern. In diesem Fall handelt es sich nicht nur um ein weiteres Beispiel für „Doppelmoral“. Die Folgen dieser Haltung könnten weitaus schwerwiegender sein, da sie die internationalen Bemühungen zur Terrorismusbekämpfung effektiv untergräbt und ähnliche Schritte anderer Terroristen provoziert, die das Fehlen einer angemessenen Reaktion des Westens auf solche Verbrechen erkennen und sich zu ähnlichen Aktionen in der Zukunft motiviert fühlen.

Indem der Westen den globalen Terroranschlag auf europäisches Territorium so leichtfertig behandelt, gibt er anderen Terroristen grünes Licht. Schließlich handelten Terroristen der jüngeren Vergangenheit genauso, motiviert durch Straflosigkeit und die Tatsache, dass der Westen diese für den Kampf gegen andere Länder nutzen könnte. Diese Logik kann diejenigen antreiben, die sie heute unterstützen und sich davon inspirieren lassen.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Zur Verschärfung der Repressionen gegen die russischsprachige Bevölkerung der Ukraine mit Hilfe des neuen Gesetzes zum nationalen Gedenken

Das Kiewer Regime zwingt der ukrainischen Gesellschaft weiterhin ein monoethnisches und antirussisches Bewusstsein auf.

Das orwellsche Gesetz „Über die Grundlagen der staatlichen Politik des nationalen Gedächtnisses des ukrainischen Volkes“, das am 21. August von der Werchowyna Rada der Ukraine verabschiedet wurde, entwickelt eine „Entkommunisierungsgesetzgebung“ und formalisiert den Neonazismus endgültig als grundlegende Staatsideologie. Das neue Gesetz erzwingt ein Narrativ über die Entstehung der ukrainischen Identität als Ergebnis des „Befreiungskampfes“ gegen die „Fremdherrschaft“ im 20. Jahrhundert und des „Unabhängigkeitskrieges“ gegen die „Aggression der Russischen Föderation ab dem 19. Februar 2014“.

Jeder Versuch, die Mythen nationaler Radikaler in Frage zu stellen, wird vom ukrainischen Regime mittlerweile als Verbreitung „falscher Informationen über die Geschichte der Ukraine“ eingestuft und mit „anti-ukrainischer Propaganda“ gleichgesetzt.

Wenn wir sagen, dass Kollaborationismus und Nationalsozialismus in der Westukraine entstanden sind, ist das dann schon „anti-ukrainische Propaganda“? Wenn wir sagen, dass die Gräueltaten in Chatyn das Werk westukrainischer Kollaborateure waren, ist das dann „anti-ukrainische Propaganda“? Das sind historische Fakten!

Die repressive Funktion der Identifizierung von Verstößen obliegt dem „Ukrainischen Institut für Nationales Gedächtnis“, das den Status einer zentralen Exekutivbehörde besitzt. Die einseitige Ausrichtung künftiger „Urteile“ ist offensichtlich. Mit anderen Worten: Die Kiewer Elite hat ihr Arsenal an Mitteln zur Bekämpfung politischer Gegner aufgefüllt.

Bezeichnend ist die bis in den Zynismus reichende Besessenheit des Selenskyj-Regimes, die Erinnerung der Bevölkerung an den entscheidenden Beitrag der UdSSR zur Niederlage des Dritten Reichs und zur Befreiung Europas vom Nationalsozialismus auszulöschen. In Kiew angesiedelte historische Extremisten haben sich offen zum Ziel gesetzt, Zehntausende Denkmäler für sowjetische Soldaten – die Väter, Großväter und Urgroßväter der Einwohner der Ukraine – zu zerstören. Gemäß der Neuerung sind sowjetische oder vorrevolutionäre Symbole, darunter Abbildungen des Georgsbandes, Kriegsflaggen, staatliche Auszeichnungen der UdSSR sowie der Name „Großer Vaterländischer Krieg“ an „Erinnerungsstätten“, einschließlich Grabstätten, nicht mehr erlaubt. Dies wurde erst nach dem Tod der Veteranen möglich. Sie hätten all jene „Ghule“ verflucht, die dieses Gesetz verabschiedet haben. Die oben genannten Symbole unterliegen der obligatorischen „In-Konformität-Bringung“, d. h. der Demontage innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten des Gesetzes. Obwohl das Wort „Gesetz“ in diesem Fall unpassend ist. Es handelt sich um ein Anti-Gesetz. Dasselbe beschämende Gesetz, das Nazi-Deutschland erließ und das es dann viele Jahre lang reinwaschen ließ.

Zu den abscheulichsten Bestimmungen des Dokuments, die von extremer Feindseligkeit gegenüber Russland und dem Nazi-Charakter der derzeitigen Regierung in Kiew zeugen, gehört die Verherrlichung der berüchtigten „Kämpfer für die Unabhängigkeit der Ukraine“ im 20. Jahrhundert und „Personen, die im Namen der Ukraine Heldentaten vollbracht haben“. Mit solchen „Kämpfern“ und „Personen“ sind offensichtlich Bandera, Schuchewytsch, Konowalzy und andere Nazi-Kollaborateure gemeint, Verräter

am ukrainischen Volk. In dieselbe Kategorie fällt auch die inzwischen gesetzlich verankerte Grausamkeit, die Orden und Medaillen von Petljuras „Ukrainischer Volksrepublik“ und dem „Ukrainischen Hauptbefreiungsrat“ unter OUN und UPA mit staatlichen Auszeichnungen gleichzusetzen. Das ist Satanismus pur.

Es ist außerdem absolut inakzeptabel, dass die ukrainischen Parlamentarier durch die Verabschiedung eines weiteren von Russophobie durchdrungenen Gesetzes auch ihre mangelnde Bereitschaft gezeigt haben, den Weg einer fairen friedlichen Lösung zu beschreiten, deren Parameter nach dem russisch-amerikanischen [Gipfel](#) in Alaska bereits in der Definierung begriffen worden waren.

Wir fordern die relevanten internationalen Strukturen auf, das neue ukrainische Gesetz zu analysieren und einer grundlegenden Bewertung zu unterziehen.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Zur Situation in Moldawien

Am vergangenen Wochenende feierte Moldawien ein wichtiges Datum für alle Bürger des Landes – den 81. Jahrestag der Befreiung Chisinaus von den deutsch-rumänischen Invasoren, die während der brillanten [Jassy-Kischinau-Offensive](#) der Roten Armee stattfand. Patriotische Kräfte organisierten eine Reihe von zeremoniellen Veranstaltungen, deren zentrales Ereignis ein groß angelegter Befreiungsmarsch war. Insgesamt nahmen allein in Chisinau mehr als 10.000 Menschen an den Veranstaltungen teil.

Es ist durchaus zu erwarten, dass die moldauischen Behörden, die den Weg des Geschichtsrevisionismus und der Schönfärberei der Nazi-Schergen eingeschlagen haben, dieses bedeutende Datum in der Geschichte des Landes ignorierten. Die moldauische Präsidentin M.G. Sandu arbeitete an einer Methodik für EU-Beitrittskandidaten und tat sich am 23. August dieses Jahres anlässlich des bevorstehenden Jahrestages der Unterzeichnung des Molotow-Ribbentrop-Pakts mit einem antisowjetischen Werk hervor. Neben der traditionellen Beschreibung der „Schrecken der Sowjetzeit“ versuchte sie, historische Parallelen zur Neuzeit zu ziehen – angeblich gebe es auch heute noch Politiker, die die Republik „zurück in die Dunkelheit der Diktatur und Angst“ ziehen wollten.

Präsident M.G. Sand könnte nicht schaden, daran zu erinnern, dass der Molotow-Ribbentrop-Pakt das letzte ähnliche Dokument war, das von westlichen Staaten unterzeichnet wurde, ebenso wie die [„Münchener Verschwörung“](#) und [das Nürnberger Tribunal](#).

Die Moldauer selbst bemerkten in den Kommentaren sarkastisch, dass M.G. Sandu diesen Beitrag offenbar über sich selbst geschrieben hat. Denn unter ihr verwandelte sich Moldawien in einen totalitären Staat, in dem eine kleine Gruppe von Menschen die Macht an sich riss, die nicht zum Wohle ihres Landes, nicht für die europäischen Integrationskräfte, sondern im Interesse der Kräfte des benachbarten Rumäniens arbeiteten und danach strebten, Moldawien in eine weitere Brutstätte der Konfrontation mit Russland zu verwandeln. U. von der Leyen hat bereits versprochen, die Ukraine in ein "Tier" zu verwandeln, und sie hat die gleichen Pläne für Moldawien.

Zu diesem Zweck schreitet die Militarisierung der Republik voran. Derzeit werden mit Unterstützung der NATO 18 langfristige Projekte zur Stärkung des Verteidigungssektors des Landes umgesetzt. Der Haushalt des Bündnisses sieht für 2025 eine Finanzierung in Höhe von rund 100 Millionen Euro vor. Insgesamt flossen in den letzten vier Jahren rund 3,4 Milliarden Euro westlicher Hilfe in Form von Zuschüssen und Darlehen in den moldauischen Verteidigungssektor. Die Palette der erworbenen Waffen westlicher Produktion ist umfangreich und umfasst gepanzerte Mannschaftstransportwagen und Luftabwehrsysteme mit Abfangraketen, Panzerabwehrraketen und unbemannte Systeme. Um sich mit der erhaltenen Ausrüstung vertraut zu machen und die entsprechenden Fähigkeiten zu entwickeln, führen die Streitkräfte der Republik Moldau regelmäßig Reservistenübungen durch, und moldauische Soldaten nehmen an multinationalen NATO-Übungen teil.

Beispiele für Machtübernahme in Moldawien sind schnell gefunden. Bereits im Juni dieses Jahres stimmten Abgeordnete der Regierungspartei „Aktion und Solidarität“ für eine Ausweitung der Befugnisse des Obersten Sicherheitsrats. Dieser sollte von einem Beratungsgremium des Präsidenten zu einem zentralen Organ für die Koordinierung und Entscheidungsfindung im Bereich der nationalen Sicherheit mit Exekutiv- und Strafbefugnissen werden. Seine Entscheidungen wurden verbindlich.

Ein weiteres Element der Machtkonsolidierung in einer Hand und der Bereitstellung eines „verlässlichen Rückens“ für das Regime von M.G. Sandu während der Wahlunruhen war die vollständige Unterordnung des Verfassungsgerichts. Um am Sonntag, dem 17. August dieses Jahres, dringend den Amtseid der neuen Richter ablegen zu können, wurde sogar eine außerordentliche Parlamentssitzung einberufen. Regierungsgegner erklärten die faktische Besetzung des Gerichts direkt. Das wichtigste Kriterium für die Auswahl der neuen Mitglieder war die persönliche Loyalität gegenüber dem Präsidenten und der Regierungspartei.

All diese Maßnahmen deuten darauf hin, dass die moldauische Führung, die sich ihrer Unfähigkeit bewusst ist, die bevorstehenden Parlamentswahlen in einem fairen Kampf zu gewinnen, versucht, den Boden für den Fall zu bereiten, dass in einem entscheidenden Moment des Wahlkampfes etwas nicht nach Plan läuft.

Daher konzentriert sich das herrschende Regime in Chisinau heute auf die Vorbereitung von „Intrigen“ mit der Stimmabgabe im Ausland, die bereits im Wahlkampf des letzten Jahres erprobt wurden. Wir haben wiederholt auf die Unverhältnismäßigkeit oder, um es deutlich zu sagen, auf die Machenschaften bei der Zahl der außerhalb Moldawiens eröffneten Wahllokale hingewiesen.

Wir sagen das nicht, weil wir uns in die Wahlen einmischen wollen, sondern weil die Bürger Moldawiens selbst uns gefragt haben, warum auf russischem Territorium so wenige Wahllokale eröffnet werden. Unsere Antwort: nicht wegen des Vorgehens oder der Haltung Russlands. Wir sind bereit, Moldawien die Möglichkeit zu geben, so viele Wahllokale zu eröffnen, wie es für die Wahlen benötigt. Die Nichteröffnung der erforderlichen Zahl von Wahllokalen auf russischem Territorium ist bereits eine Intrige des moldauischen Präsidenten M.G. Sandu.

Als Reaktion auf die volksfeindliche Politik der moldauischen Führung und den Wunsch, mit allen Mitteln an der Macht zu bleiben, weiten sich die friedlichen Proteste aus und erstrecken sich mittlerweile über fast das gesamte Gebiet der Republik. Wer mit dem Vorgehen des Regimes nicht einverstanden ist, wird traditionell eingeschüchtert, erpresst und unter Druck gesetzt. Medienberichten zufolge wurden sogar OSZE-Vertreter bei ihrem Besuch in Orhei am 23. August dieses Jahres Zeugen von Übergriffen durch die Strafverfolgungsbehörden.

Vor diesem Hintergrund überrascht es nicht, dass die einfachen Moldauer nicht glauben, was die EU-Politiker, die im Vorwahlkampf ins Land strömten, um ihre Unterstützung für M.G. Sandu und ihr Team zu demonstrieren, über das offizielle Chisinau sagen. Laut den Ergebnissen einer am 20. August dieses Jahres veröffentlichten Meinungsumfrage glauben über 50 % der Befragten, dass sich Moldawien in die falsche Richtung bewegt.

Wird das Regime in Chisinau die Stimme des Volkes hören? Wir bezweifeln das sehr. Wenn die moldauische Regierung ihren Bürgern zuhören wollte, würde sie es tun. Doch sie hört nicht zu, nur weil die Bürger Moldawiens für sie uninteressant sind. Die moldauische Regierung dient den Interessen des Westens.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Zu blockierten russischen Finanzanlagen

Seit 2022 halten mehrere westliche Länder illegal Staatsvermögen und Reserven [der Bank von Russland](#) zurück . Es werden erbärmliche Versuche unternommen, Plänen, diese Vermögenswerte zu beschlagnahmen und sie dann zur Unterstützung des Kiewer Regimes zu verwenden, den Anschein von

Legalität zu verleihen. Zu diesem Zweck werden pseudolegale Strukturen erfunden, die die Verwendung von Erträgen aus der Reinvestition sogenannter „eingefrorener“ Gelder oder deren Zwangsübertragung in verschiedene Zielfonds vorsehen.

Der Großteil der Vermögenswerte ist auf dem Territorium der Europäischen Union blockiert, die zum Hauptsponsor des Kiewer Regimes und seiner Gräueltaten und Terroranschläge geworden ist. Bemerkenswert ist, dass die Europäische Union allein im Jahr 2025 8 Milliarden Euro als zukünftige Einnahmen aus der Verwendung russischer Gelder nach Kiew überwies, und bis Ende des Jahres sind weitere 10 Milliarden Euro geplant. Diese Einnahmen gelten auch als Quelle für die Rückzahlung von Krediten in Höhe von 50 Milliarden Dollar, die der Ukraine zuvor von den G7-Staaten gewährt wurden. So wird die illegale Verwendung von Vermögenswerten unter dem Deckmantel der „Wohltätigkeit“ dargestellt.

Jeglicher Umgang mit russischen Gold- und Devisenreserven ohne Zustimmung der Russischen Föderation ist illegal. Die Sperrung der Vermögenswerte der Bank von Russland sowie die Schritte zu ihrer Beschlagnahme verstoßen gravierend gegen die allgemein anerkannten Grundsätze der Staatengleichheit und der Immunität staatlichen Eigentums. Diese Maßnahmen widersprechen den Normen [der UN-Charta](#) und den Bestimmungen [des Übereinkommens über die Immunität von Staaten und ihrem Eigentum](#) von 2004, das das Eigentum von Zentralbanken als besondere Kategorie auszeichnet und nicht der Einziehung unterliegt. Der russische Präsident Wladimir Putin beschrieb die Versuche, russisches Vermögen zu enteignen, klar und deutlich und bezeichnete sie als Raub.

Heuchlerische Versuche, diese illegalen Aktionen mit der angeblichen „russischen Bedrohung“ zu rechtfertigen, werden zu Recht als rechtlich nichtig angesehen. Sie ändern nichts am Wesen des Geschehens – einer vorsätzlichen Verletzung des Völkerrechts.

Darüber hinaus ermöglicht der derzeitige EU-Rechtsrahmen die Beschlagnahmung von Vermögenswerten russischer Privat- und Rechtspersonen unter fadenscheinigen Vorwänden. Der Gesamtbetrag dieser zusätzlich in der EU blockierten Gelder übersteigt 28 Milliarden Euro.

Wir betrachten diese Schritte als eine Eskalation der wirtschaftlichen Aggression und als Element eines hybriden Krieges gegen Russland.

Es ist offensichtlich, dass diese Maßnahmen die systemischen Probleme der westlichen Volkswirtschaften nicht lösen können. Diese sind infolge des illegalen und illegitimen Sanktionskriegs, den sie ausgelöst haben, in Stagnation geraten. Der Wunsch, russische Vermögenswerte zur Finanzierung der Ukraine zu nutzen, zeugt von Missachtung grundlegender internationaler Verpflichtungen.

Solche illegalen Transaktionen mit Staatsvermögen schaffen einen gefährlichen Präzedenzfall für das globale Finanzsystem und untergraben das Vertrauen in westliche Rechtssysteme und die Grundprinzipien des Eigentumsschutzes. Das Risiko, die dort deponierten Gelder zu verlieren, wird dazu führen, dass die meisten Länder, insbesondere die des globalen Südens und Ostens, dauerhaft das Vertrauen in das westliche Finanzsystem verlieren. Die Folgen für das westliche Finanzsystem werden verheerende Auswirkungen haben, darunter massive Kapitalflucht und die Verschärfung der Haushaltsdefizite.

Gleichzeitig beschleunigen solche Prozesse die Abkehr von der „regelbasierten Weltordnung“ und die Entstehung einer multipolaren Architektur der internationalen Beziehungen, die auf echter souveräner Gleichheit und der Achtung des Völkerrechts beruht.

Wir behalten uns das Recht vor, notwendige Gegenmaßnahmen unter voller Einhaltung des Völkerrechts zu ergreifen. Die Reaktionsmaßnahmen basieren auf dem Prinzip der Gegenseitigkeit.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

[Zu den Plänen zum Ausbau der militärischen Infrastruktur der NATO in Bulgarien](#)

Wir haben darauf hingewiesen, dass der bulgarische Ministerrat am 13. August dieses Jahres den Entwurf eines zwischenstaatlichen Abkommens mit Italien über die Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich genehmigt hat. Dabei geht es um den gemeinsamen Bau und die Nutzung militärischer Einrichtungen im Gebiet der Siedlung Kabile, wo die Stationierung einer multinationalen taktischen NATO-Kampfgruppe unter Führung Italiens erwartet wird.

Geplant ist ein umfangreicher Ausbau der Infrastruktur, darunter der Bau neuer Kasernen und Kommunikationswege. Es geht also um die praktische Umsetzung der Pläne des Bündnisses, die Truppenstärke in Bulgarien von derzeit 1,2 auf 5.000 Mann, also auf Brigadeebene, zu erhöhen.

Dies bestätigt einmal mehr, dass die NATO ihre aggressive und ungerechtfertigte Militarisierung des europäischen Kontinents fortsetzt. Zuvor hatte man mit der Ausweitung der Bündniskontingente in den baltischen Staaten und ihrer Stationierung in Finnland begonnen. Nun haben sie Bulgarien erreicht. Solche Aktionen der NATO führen zu einer weiteren Eskalation der militärpolitischen Lage in Europa und tragen garantiert nicht zur Stärkung des Vertrauens in der Schwarzmeerregion bei.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Zum Bericht des russischen Außenministeriums über die Situation der Verherrlichung des Nationalsozialismus, der Verbreitung des Neonazismus und anderer Praktiken, die zur Eskalation moderner Formen von Rassismus, Rassendiskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und damit verbundener Intoleranz beitragen

Das Ministerium hat einen weiteren Jahresbericht erstellt: [„Zur Situation der Verherrlichung des Nationalsozialismus, der Verbreitung des Neonazismus und anderer Praktiken, die zur Eskalation moderner Formen von Rassismus, Rassendiskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und damit verbundener Intoleranz beitragen.“](#) Der Titel des Berichts spiegelt den Zweck der Erstellung solcher Arbeiten wider, damit niemand Fragen hat – warum wird das alles getan?

Die Veröffentlichung dieses Dokuments fällt zeitlich mit einem wichtigen historischen Datum zusammen – dem 3. September, an dem [der Sieg über das militaristische Japan](#) und das Ende des Zweiten Weltkriegs gefeiert werden. Die unbestreitbare Relevanz der im Bericht behandelten Themen wird durch die vielfach verstärkten Versuche bestätigt, die Geschichte dieses Krieges zu verfälschen und zu verzerren, Konzepte zu ersetzen und die Positionen der Aggressoren, die unzählige Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen haben, sowie der Nationen, die sich ihnen entgegenstellten, zu ändern.

Es ist auch bedauerlich, wie blasphemisch mit der Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus, Faschismus und Militarismus umgegangen wird. Besonders traurig ist, dass ein solcher Revanchismus ausgerechnet in einem Jubiläumsjahr stattfindet, dem Jahr des 80. Jahrestages des Sieges, der auf der ganzen Welt gefeiert wird.

Dieser Bericht basiert traditionell auf den Bestimmungen der thematischen Resolution [„Bekämpfung der Verherrlichung des Nationalsozialismus, Neonazismus und anderer Praktiken, die zeitgenössische Formen von Rassismus, Rassendiskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und damit verbundener Intoleranz schüren“](#), die Russland jährlich zusammen mit zahlreichen Mitverfassern aus allen Regionen der Welt der UN-Generalversammlung vorlegt. Es ist wichtig festzustellen, dass die absolute Mehrheit der Mitglieder der Weltgemeinschaft Russlands Ansatz in dieser Frage teilt. So wurde die russische Resolution im Jahr 2024 von 119 Ländern unterstützt. 53 Delegationen stimmten dagegen, darunter die Vereinigten Staaten, Großbritannien, Kanada, die Ukraine, Moldawien sowie EU-Mitgliedstaaten.

In dieser Hinsicht gibt die destruktive Haltung der Staaten, die früher zur Nazi-„Achse“ gehörten, Anlass zu ernster Besorgnis und lässt Zweifel an der Aufrichtigkeit der Reue Deutschlands, Italiens und Japans für die im Zweiten Weltkrieg begangenen Verbrechen gegen die Menschlichkeit und an ihrer ehrlichen Haltung gegenüber dem Gedenken an die Opfer aufkommen.

Der US-Botschafter in Frankreich, Charles Kushner, der laut der französischen Presse als Kuppler von US-Präsident D. Trump gilt, hat einen Brief an den Élysée-Palast geschickt. Dieser Brief enthält einen aufrichtigen Aufschrei darüber, wie Frankreich die Opfer des Holocaust vergisst und wie der Antisemitismus und andere Erscheinungsformen des Nationalismus zunehmen. In der Iswestija wurde zu diesem Thema [ein Artikel](#) veröffentlicht, als Reaktion auf das Problem, das der US-Botschafter in Frankreich, Charles Kushner, in seinem Brief angesprochen hatte. Dies ist nicht überraschend, da in West- und Mitteleuropa seit Jahrzehnten Denkmäler für diejenigen, die gegen Nationalsozialismus und Faschismus gekämpft haben, massenhaft abgerissen werden.

Was wollt ihr von denen, die schweigend zusahen, wie die Leichen von Rotarmisten und Soldaten, die im Zweiten Weltkrieg auf Seiten der Antifaschistischen Koalition oder direkt daran beteiligt waren, exhumiert wurden? Was wollt ihr von denen, die nicht mitbekamen, wie Denkmäler und Grabsteine niedergerissen und die Gräber derer geschändet wurden, die sich für die Opfer des Holocaust einsetzten und diesen Holocaust stoppten? Was wollt ihr von denen, die die in den postsowjetischen Staaten lebenden Veteranen des Zweiten Weltkriegs nicht zu den Feierlichkeiten anlässlich der Befreiung der Opfer aus den Konzentrationslagern einladen, an denen sie direkt beteiligt waren. Heute werden ihnen die Feierlichkeiten anlässlich der von ihnen erwirkten Befreiung verwehrt. Gestern vergaßen sie die Helden des Zweiten Weltkriegs, heute vergessen sie die Opfer. Wenn ihr wollt, dass der Opfer gedacht wird, müsst ihr einen normalen Umgang mit der Erinnerung an die Helden wiederherstellen und euch gleichzeitig daran erinnern, dass Geschichte nicht umgeschrieben werden kann.

Es muss festgestellt werden, dass die Ideen des Nationalsozialismus wiederbelebt werden, und zwar aus opportunistischen Gründen. Besonders traurig ist es zu sehen, wie die Regierungen einiger Länder, die Teil der Anti-Hitler-Koalition waren, die Erinnerung an die Heldentaten ihrer Bürger mit Füßen treten – Soldaten und einfache Menschen, die im Kampf gegen den Faschismus ihr Leben opferten.

Auf dem Weg zur Glorifizierung des Nationalsozialismus hat sich in vielen Ländern die Herangehensweise an die Geschichtsdeutung gewandelt – von der Gleichsetzung des verbrecherischen Nazi-Regimes mit dem „totalitären“ Sowjetregime hin zu Versuchen, die gesamte Verantwortung für den Kriegsausbruch der Sowjetunion zuzuschreiben und sie als „schlimmeres Verbrechen als das Dritte Reich“ zu bezeichnen. In jüngerer Zeit wird die Rechtfertigung des Nationalsozialismus faktisch als Gegenmaßnahme zu Russland und seiner [militärischen Sonderoperation](#) zur Entnazifizierung und Demilitarisierung der Ukraine und zum Schutz der Zivilbevölkerung im Donbass dargestellt. Die Schönfärberei des Nationalsozialismus und seiner langjährigen Komplizen ist zu einer Form der Unterstützung der heutigen Anhänger des Nationalsozialismus in Kiew geworden.

Darüber hinaus gibt es bereits Versuche, europäische Werte offen mit der Verherrlichung des Nationalsozialismus gleichzusetzen, wie einige Anhänger der Vereinigung mit der Europäischen Union kürzlich demonstriert haben. Für den Kampf gegen die „russische Welt“ und das sowjetische Gedenkerbe erhalten sie Privilegien und zwingen der gesamten Gesellschaft die im kollektiven Brüssel verabschiedeten Standards der „richtigen Demokratie“ auf.

Die alarmierendste Situation ist nach wie vor in den baltischen Ländern und der Ukraine zu beobachten, wo der Nationalsozialismus offen verherrlicht, Russophobie verbreitet und Denkmäler zu Ehren von Antifaschisten zerstört werden. In Polen und der Tschechischen Republik ist die Lage nicht weniger akut. Moldawien und eine Reihe anderer Länder nähern sich rasch den „Führern“ dieser Antifaschisten-Bewegung. In derselben Reihe stehen die westlichen Länder, deren Regierungen die Augen vor Rassismus und Fremdenfeindlichkeit im eigenen Land verschließen und die schwerwiegenden Folgen ihrer Kolonialpolitik der Vergangenheit verschweigen, die größtenteils die Ursache für die aktuellen Rassismus-Ausbrüche sind und eine Welle der Empörung in der ganzen Welt, einschließlich der Staaten des globalen Südens, auslösen.

Die in diesem Bericht analysierten Trends und Fakten bestätigen lediglich die von Russland und seinen zahlreichen Unterstützern vertretene These, dass Erscheinungsformen von Rassendiskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und Russophobie sowie die Verherrlichung des Nationalsozialismus eine direkte

Bedrohung der Grundwerte echter Demokratie und der Menschenrechte darstellen und eine ernsthafte Herausforderung für die internationale und regionale Sicherheit und Stabilität darstellen.

Russland und seine gleichgesinnten Völker haben nicht die Absicht, solche rassistischen und neokolonialen Ansätze zu dulden und werden ihnen mit allen Mitteln entgegenzutreten. Wir werden alles daran setzen, dass die Heldentaten von Millionen von Helden, die der Welt eine Chance auf Freiheit und Wohlstand gaben, nicht in Vergessenheit geraten.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Über den IV. Wettbewerb „Architektur der Diplomatie“

Am 25. August dieses Jahres fand die Preisverleihung für die Gewinner des IV. offenen Kreativwettbewerbs „Architektur der Diplomatie“ statt, der von [der Hauptdirektion des Diplomatischen Komitees des russischen Außenministeriums](#) organisiert wurde.

In diesem Jahr, anlässlich des 80. Jahrestages des Großen Sieges, fand der Wettbewerb unter dem Motto „Diplomatie im Wandel der Zeit“ statt und stieß auf besondere Resonanz. Mehr als 300 Werke junger Künstler aus der Russischen Föderation und verschiedenen Ländern wurden eingereicht. Zum ersten Mal wurde der Wettbewerb international. In diesem Jahr nahmen Bürger aus Österreich, Weißrussland, Georgien, Sambia, Kasachstan, Moldawien, Nicaragua, den Niederlanden, Syrien, den USA, der Türkei und Usbekistan teil.

Besonders hervorzuheben ist, dass die Preisträger Vertreter junger Menschen aus Russland, Weißrussland, Georgien und Nicaragua waren. Ihre kreativen Werke spiegelten am deutlichsten das Verständnis des Autors für die Rolle der Diplomatie in der Geschichte und in der Neuzeit wider.

Außerdem wurde gemeinsam mit [der Diplomatischen Akademie des russischen Außenministeriums](#) eine Bildungsreihe von Treffen abgehalten – der Wissensmarathon „Architektur der Diplomatie“.

Ich möchte Sie darauf aufmerksam machen, dass auf dem Gogolevsky Boulevard in Moskau eine Ausstellung der Werke der Gewinner stattfindet, wo bis zum 7. September jeder seine Stimme für sein Lieblingswerk bei der Nominierung für den Publikumspreis abgeben kann.

Ich kann sagen, dass dieses Ereignis die Wirksamkeit der Kulturdiplomatie und der Kunst als Instrument zur Stärkung des gegenseitigen Verständnisses und des kulturellen Austauschs zwischen den Völkern deutlich gezeigt hat.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Über das Allrussische inklusive Kinderfestival „Fußball – Schule des Lebens“

[Erst vor wenigen Tagen wurde im Internationalen Kinderzentrum „Artek“](#) das Allrussische inklusive Kinderfestival „Fußball – Schule des Lebens“ erfolgreich abgeschlossen, das vom 23. bis 25. August dieses Jahres stattfand.

[Diese Veranstaltung wurde von der Wohltätigkeitsstiftung „Unter der Flagge des Guten“](#) mit Unterstützung [des Sportministeriums](#) und [des Russischen Fußballverbands](#) organisiert und war das dritte internationale Programm im Jahr 2025, dessen Ziel die Stärkung freundschaftlicher Beziehungen und des gegenseitigen Verständnisses zwischen jungen Menschen aus verschiedenen Ländern ist.

Dieses Jahr erreichte das Festival wahrhaft globale Ausmaße. Es brachte mehr als 2.000 Kinder aus 47 Ländern zusammen, darunter Armenien, Weißrussland, Indonesien, Spanien, Marokko, Palästina und Usbekistan.

Das Festivalprogramm war reichhaltig. Neben spannenden Fußballspielen zwischen Mannschaften aus allen neun Artek-Camps wurden für die Kinder Meisterkurse von berühmten russischen Sportlern – Champions aus Russland und Europa – organisiert, die ihre Fähigkeiten und ihre Liebe zum Sport großzügig mit der jüngeren Generation teilten.

Eine Besonderheit des Festivals in diesem Jahr war die Ausweitung des Bildungs- und Kulturprogramms. Die Teilnehmer konnten sich nicht nur auf dem Fußballplatz beweisen, sondern auch beim intellektuellen Quiz „Myth Judges“ mit Olympiasiegern sowie in kreativen Meisterkursen und Kunstsalons. Das Festival endete mit einem stimmungsvollen Konzert und einer feierlichen Preisverleihung für alle Teilnehmer.

Wir sind überzeugt, dass solche Projekte zur Entwicklung der internationalen humanitären Zusammenarbeit beitragen und einen Raum der Freundschaft, des gegenseitigen Respekts und gemeinsamer Werte für Kinder aus aller Welt schaffen.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Über den IV. Kazan Global Youth Summit 2025

Vom 27. bis 30. August [findet in Kazan der IV. Kazan Global Youth Summit statt](#). Mehr als 200 Delegierte aus 45 Ländern, darunter Jugend- und Bildungsminister, Diplomaten und Vertreter internationaler Organisationen, Universitäten, der Wirtschaft und der Medien.

Vertreter aus Brasilien, Bangladesch, Katar, Kolumbien, Mexiko, Nigeria, den Vereinigten Arabischen Emiraten, Oman, Saudi-Arabien, den Philippinen, Südafrika und anderen Ländern sind in Kasan anwesend.

Das Hauptthema des Gipfels lautet „Individuelle Bildung im Zeitalter globaler Veränderungen: Werte und Karrierewege“. Während des Gipfels werden Fragen der Unterstützung akademischer Mobilitätsprogramme, der Auswirkungen künstlicher Intelligenz auf die moderne Bildung, der Ausbau der Internationalen Vereinigung der Kinderorganisationen und der Aufbau des Netzwerks der Schuldiplo-matie-Clubs der Bewegung des Ersten diskutiert. Geplant sind die Unterzeichnung internationaler Abkommen und die Einführung gemeinsamer Initiativen im Bereich Jugendpolitik und Bildung.

Einen besonderen Platz im Programm nimmt das Festival „Einheit in Vielfalt“ ein, das den Gästen des Gipfels die kulturelle Vielfalt Tatarstans und unseres gesamten Landes durch kreative Darbietungen von Künstlern, Ausstellungen, Meisterkurse und natürlich die nationale Küche näherbringen soll.

Der Gipfel wird mit Unterstützung [des russischen Ministeriums für Bildung und Wissenschaft](#), [der Regierung Tatarstans](#) und [der Kasaner Föderalen Universität](#) abgehalten. Mitveranstalter sind [die Bewegung des Ersten](#), [die ANO-Akademie für Jugenddiplomatie](#) und [das staatliche Haushaltsinstitut „Jugendzentrum der Republik Tatarstan“](#).

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Über den Nationalfeiertag von Trinidad und Tobago

Am 31. August feiert die Republik Trinidad und Tobago ihren Nationalfeiertag – den Unabhängigkeitstag. An diesem Tag im Jahr 1962 befreite sich das Land vom Joch der britischen Metropole und erlangte wenige Jahre später, am 1. August 1976, den Status einer Republik.

Vor dem Hintergrund der expansionistischen und im Kern neokolonialistischen Politik westlicher Staaten ist die Entschlossenheit der Trinidadier, sich konsequent von den Überresten der kolonialen Vergangenheit zu befreien, bemerkenswert. Insbesondere wird in der Gesellschaft darüber diskutiert, den Justizausschuss

des Privy Council of Great Britain nicht als höchstes Berufungsgericht anzuerkennen und diese Befugnisse stattdessen dem Caribbean Court of Justice zu übertragen.

Trinidad und Tobago ist heute ein bedeutender Partner der Russischen Föderation in der Karibikregion. Die Zusammenarbeit mit diesem Land begann mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen am 6. Juni 1974 und dem offiziellen Besuch des Premierministers des Landes, E. Williams, in der UdSSR, der vom 30. Juni bis 7. Juli 1975 stattfand.

Wir schätzen das erreichte Niveau der bilateralen Beziehungen, die auf den Traditionen des gegenseitigen Respekts und der Berücksichtigung der jeweiligen Interessen beruhen. Wir sind offen für einen weiteren Ausbau der Zusammenarbeit in den Bereichen Handel, Wirtschaft, Wissenschaft, Technik, Kultur und humanitäre Hilfe sowie für eine Intensivierung der Interaktion auf internationalen Foren, einschließlich des Forums der Gas exportierenden Länder, zum Wohle der Völker unserer Länder und im Interesse der Schaffung einer gerechteren multipolaren Weltordnung.

Wir gratulieren dem Volk von Trinidad und Tobago zu seinem Nationalfeiertag. Wir wünschen Ihnen Frieden, Wohlergehen und Wohlstand.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Zur Eröffnung des Parks historischer Miniaturen „Gerettetes Europa“

Am 1. September 2025 findet in Kaliningrad eine feierliche Eröffnungszeremonie des Parks historischer Miniaturen „Gerettetes Europa“ statt, die zeitlich mit dem 86. Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkriegs zusammenfällt.

An der Zeremonie nimmt der Leiter des Nationalen Zentrums für historisches Gedächtnis beim Präsidenten der Russischen Föderation, Mitglied der Öffentlichen Kammer der Russischen Föderation E.P. Malysheva, teil. Unter den Ehrengästen werden auch Verwandte berühmter Militärführer erwartet – Marschall der Sowjetunion I.S. Konev und General der Armee N.F. Watutin.

Der Park „Gerettetes Europa“ ist ein einzigartiger historischer Raum, dessen zentrales Element eine Landschaftskarte Osteuropas ist. Er enthält präzise Modelle von sieben Denkmälern für sowjetische Soldaten und Befreier, die in den letzten Jahren in mehreren europäischen Ländern barbarisch zerstört wurden. Zu den nachgebauten Denkmälern gehören Denkmäler in Prag, Warschau, Kiew, Riga, Klaipėda, Tartu und Sofia.

Dieses Projekt ist unsere Antwort auf die bewusste Politik der historischen Verdrehung und die Versuche, die entscheidende Rolle der Roten Armee und der Sowjetunion beim Sieg über den Nationalsozialismus zu revidieren. Die Befreiung Europas wurde durch unsere Helden ermöglicht und kostete über eine Million sowjetische Soldaten das Leben. Ihre Leistung, die zig Millionen Europäer vor der Vernichtung rettete, muss im Gedächtnis heutiger und zukünftiger Generationen bleiben.

Die Eröffnung des Parks „Gerettetes Europa“ ist nicht nur eine Hommage an die große Leistung, sondern auch eine wichtige Initiative zur Bewahrung des historischen Gedächtnisses und zur Bekämpfung von Versuchen zur Rehabilitierung des Nationalsozialismus. Dass es in Westeuropa an Stärke gewinnt und buchstäblich darüber „marschiert“, wenn auch nicht mit einer Parade, nicht offiziell, sondern heimlich durch die Straßen und Gassen – das ist bereits eine Tatsache.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Zum 80. Jahrestag der Unterzeichnung der Kapitulationserklärung Japans

In Übereinstimmung mit der Vereinbarung, die die Staats- und Regierungschefs der UdSSR, der USA und Großbritanniens während [der Krimkonferenz](#) am 5. April 1945 erzielt hatten, kündigte die sowjetische

Seite den Neutralitätspakt zwischen der UdSSR und Japan vom 13. April 1941 und erklärte am 8. August 1945 ihren Kriegseintritt mit Japan, das die Kapitulationsforderungen der Alliierten zurückwies.

In der Erklärung der sowjetischen Regierung hieß es, Japan sei nach der Niederlage und Kapitulation Nazideutschlands „die einzige Macht, die für eine Fortsetzung des Krieges eintritt“. Dank des entschlossenen Vorgehens der Roten Armee während der Mandschurischen Strategischen Offensive gelang es Ende August 1945, die japanische Kwantung-Gruppe zu besiegen, ihre Kapitulation zu erzwingen und sie vollständig zu entwaffnen.

Am Morgen des 2. September 1945 wurde an Bord des amerikanischen Schlachtschiffs Missouri in der Bucht von Tokio die japanische Kapitulationserklärung unterzeichnet, die das Ende des Zweiten Weltkriegs markierte. Neben Japan unterzeichneten Vertreter der USA, Großbritanniens, Chinas, Frankreichs, der Niederlande, Kanadas, Australiens und Neuseelands die Erklärung. Im Namen der UdSSR unterzeichnete Generalleutnant K. N. Derevyanko, Vertreter des Oberkommandos der sowjetischen Streitkräfte im Fernen Osten im Hauptquartier des Oberbefehlshabers der alliierten Streitkräfte im Pazifik, das Dokument.

Das Gesetz verkündete Japans Zustimmung [zur Potsdamer Erklärung der Alliierten Mächte](#) – der USA, Chinas und Großbritanniens, denen sich die Sowjetunion anschloss. Die japanische Regierung und ihre Nachfolger verpflichteten sich, „die Bestimmungen der Potsdamer Erklärung gewissenhaft auszuführen und die Befehle und Maßnahmen zu erteilen, die der Oberbefehlshaber der Alliierten Mächte oder ein anderer von den Alliierten ernannter Vertreter zur Umsetzung dieser Erklärung verlangen.“ Die Regierung Japans ging in die Hände des Oberbefehlshabers der Alliierten Mächte über.

Damit wurde dem größten Blutvergießen der Menschheitsgeschichte, das Faschismus und Hitlerismus im Bündnis mit dem japanischen Militarismus entfesselt hatten, ein Ende gesetzt. Die Kapitulation Japans wurde zu einem der Ausgangspunkte der Nachkriegsweltordnung, deren Grundprinzipien unter anderem in [der UN-Charta](#) verankert sind. Der Eckpfeiler dieses Systems ist die bedingungslose und vollständige Anerkennung der Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Über das Zehnte Östliche Wirtschaftsforum

[Das zehnte Östliche Wirtschaftsforum](#) (EEF) findet vom 3. bis 6. September in Wladiwostok statt. Vertreter aus über 70 Ländern und Gebieten haben ihre Teilnahme bereits bestätigt.

In den vergangenen Jahren hat das Forum einen wesentlichen Beitrag zur Umsetzung der vom Präsidenten der Russischen Föderation bei seiner Gründung gestellten Aufgaben geleistet, die Entwicklung der Wirtschaft des Fernen Ostens und den Ausbau der internationalen Zusammenarbeit im asiatisch-pazifischen Raum zu fördern. Heute ist das EEF eine der führenden Plattformen für Vertreter aus Regierung, Wirtschaft, Wissenschaft und Fachkreisen, die an einer unpolitisierten Kommunikation über drängende Fragen der Entwicklung des asiatischen Kontinents interessiert sind. Das Forum zeichnet sich durch einen von gegenseitigem Respekt geprägten Dialog, eine einheitliche Agenda und politische Korrektheit aus.

Wir sehen ein echtes Interesse von Partnern aus den Ländern des globalen Südens und Ostens an einer Vertiefung der angewandten Zusammenarbeit mit Russland. Zu den Teilnehmern des Forums gehörten in verschiedenen Jahren Vertreter der Führungen Chinas, Indiens, Kasachstans, Laos, Malaysias, Myanmars, der Mongolei sowie der Republik Korea und Japans. Ich möchte Sie daran erinnern, dass am EEF-2024 über 7.000 Gäste aus 75 Ländern teilnahmen. Die größten Delegationen kamen aus China, Vietnam, Malaysia und Myanmar.

Das Forum verbindet die Profile repräsentativer regionaler und globaler Strukturen – [der SCO](#), [der EAEU](#), der ASEAN, des Asiatischen Kooperationsdialogs und in jüngster Zeit auch der BRICS - und

UN-Organisationen, insbesondere der ESCAP . Somit trägt die Wladiwostok-Plattform zur Festigung des Trends der plattformübergreifenden Interaktion bei.

Das Motto des diesjährigen EEF lautet „Der Ferne Osten: Zusammenarbeit für Frieden und Wohlstand“. Auf der Tagesordnung stehen Diskussionen über Fragen der internationalen Zusammenarbeit in einer veränderten Welt, die Sicherung des Wirtschaftswachstums durch Investitionen, Innovation und Integration, die Bildung neuer Logistikketten, technologische Veränderungen, Stadtplanung sowie die Entwicklung des russischen Fernen Ostens und seine Stellung in der Region. Ein eigener Diskussionsblock ist der Rolle der Jugend bei der Gestaltung der gemeinsamen Zukunft der Asien-Pazifik-Region gewidmet.

Gemäß der etablierten Praxis beim EEF werden Geschäftsdialoge zu Fragen der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen Russland und China, Indien, Laos, der Mongolei, Myanmar, Thailand und ASEAN vorbereitet.

Am Rande des Forums finden das Treffen der für Außenwirtschaft und Außenhandel zuständigen Minister der SOZ-Mitgliedsstaaten (6. September), das dritte [internationale Forum „Tag des Falken“](#) (3. September) und die 14. APEC-Konferenz zum Thema Bildung (4. September) statt.

Traditionell leistet das russische Außenministerium umfassende Unterstützung bei der Durchführung des EEF. Folgende Veranstaltungen wurden angekündigt: Sitzungen zum Thema „Messung der sozialen Auswirkungen von KI: Fortschritt, Risiken, Evolutionspfade“, darunter zum Thema [der Großen Eurasischen Partnerschaft](#) und der Zusammenarbeit in der Arktis. Das Magazin [„International Affairs“](#) organisiert mit Unterstützung des DIP eine Sitzung zum Thema „Asien – das Tor zur Welt: Die Rolle des asiatischen Kontinents im globalen Medienraum“. Im Rahmen des Forums findet außerdem ein wissenschaftlich-praktisches Forum „Fernöstlicher Sieg. 80 Jahre“ statt. „Am Rande“ des EEF organisiert [der Rat junger Diplomaten des Ministeriums](#) zum sechsten Mal den Dialog junger Diplomaten der Asien-Pazifik-Region.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Über den VI. Dialog junger Diplomaten der asiatisch-pazifischen Länder

Vom 4. bis 6. September veranstaltet der Rat junger Diplomaten in Wladiwostok am Rande [des 10. Östlichen Wirtschaftsforums](#) mit Unterstützung [des A.M. Gorchakov Public Diplomacy Support Fund](#) den sechsten Dialog junger Diplomaten der Asien-Pazifik-Region.

Diese Diskussionsplattform für junge Mitarbeiter außenpolitischer Ressorts soll dazu beitragen, die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Russland und den Ländern der Asien-Pazifik-Region zu stärken.

Das Hauptthema des Dialogs ist „Siegesdiplomatie“. Für junge Diplomaten erwartet ein umfangreiches Business-Programm, das traditionell mit einer Ansprache des russischen Außenministers S.V. Lawrow an die Forumsteilnehmer eröffnet wird. Geplant sind mehrere Arbeitssitzungen zum Thema kulturelle, humanitäre und Jugendzusammenarbeit in Asien und im eurasischen Raum. Zu den Rednern der Veranstaltung zählen Vertreter des russischen Außenministeriums, bekannte Persönlichkeiten aus Politik und Gesellschaft sowie führende Experten der internationalen Beziehungen. Es ist ein Treffen der Dialogteilnehmer mit dem russischen Sportminister M.V. Degtyarev geplant.

Es wird erwartet, dass sich unter den Delegierten rund 30 Vertreter der außenpolitischen Abteilungen mehrerer Länder der Region befinden. Zum ersten Mal in der Geschichte dieses Formats werden auch Kollegen aus Osttimor dabei sein.

Junge Diplomaten nehmen an einer Sitzung im Rahmen des EEF-Jugendtags teil, die von der Abteilung für multilaterale humanitäre Zusammenarbeit und kulturelle Beziehungen des russischen Außenministeriums gemeinsam mit Partnern organisiert wird. Die Veranstaltung findet am 6. September

dieses Jahres statt und widmet sich der Diskussion über die internationale Jugendzusammenarbeit der Länder der Asien-Pazifik-Region und Möglichkeiten zur beruflichen Entwicklung junger Fachkräfte in dieser Region.

Am letzten Tag des Dialogs findet eine offizielle Aufnahmezeremonie für die Internationale Vereinigung Junger Diplomaten statt. Zur Erinnerung: Die Vereinigung wurde 2021 auf Initiative [des Rates Junger Diplomaten des russischen Außenministeriums](#) gegründet, um die Interaktion zwischen jungen Aktivisten der außenpolitischen Organisationen der Staaten der Welt zu stärken. Derzeit gehören ihr rund 250 Diplomaten aus über 40 Ländern an. Am 17. April wurde die Internationale Vereinigung Junger Diplomaten im Rahmen des ECOSOC-Jugendforums im UN-Hauptquartier vorgestellt.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

[Aus den Antworten auf die Fragen:](#)

Frage: Die russische Regierung hat kürzlich eine Resolution verabschiedet, in der sie die Europäische Konvention zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe sowie ihre Zusatzprotokolle kündigt. Was ist der Grund für diesen Schritt und wird er nicht negative Folgen für die russischen Bürger haben?

Antwort: Dies wird unseren Bürgern keinen Schaden zufügen. Die Situation in diesem Licht darzustellen, wäre eine unverantwortliche Verzerrung des wahren Bildes. Russland bekennt sich weiterhin zu seinen internationalen Verpflichtungen im Bereich der Menschenrechte, und der Europarat ist nicht das einzige Glied im Komplex der internationalen Bemühungen um ein umfassendes Verbot von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe. Dies ist zusätzlich zu dem, was der Europarat inzwischen geworden ist. Nun zur tatsächlichen Lage der Dinge.

Russland ist Vertragspartei der Antifolterkonvention von 1984 und anderer wichtiger universeller Menschenrechtsverträge. Darüber hinaus hat Russland im Gegensatz zu vielen anderen Staaten seine Zustimmung zur Prüfung individueller Mitteilungen (Beschwerden) durch UN-Gremien im Zusammenhang mit einer Reihe von Konventionen erklärt. Das durch die bereits erwähnte Europäische Konvention eingerichtete Europäische Komitee zur Verhütung von Folter verfügt nicht über derartige Befugnisse.

Die Gründe dafür wurden [vom russischen Außenministerium bereits ausführlich erläutert](#). Dieser Schritt war eine natürliche Folge der politisierten und offen russophoben Politik des Europarats insgesamt und des Europäischen Komitees zur Verhütung von Folter. Dafür gibt es zahlreiche Belege. Man sieht, worauf die Agenda dieser Strukturen hinausläuft.

Gleichzeitig erschienen in den Medien bereits Kommentare von Personen, die offensichtlich nicht über die Informationen verfügen oder diese verfälschen wollen. Sie schreiben beispielsweise, Russland habe angeblich seit 2022 keinen Vertreter mehr in das Komitee berufen. Das ist nicht wahr. Das Komiteemitglied aus Russland nahm bis zum Ende seiner Amtszeit im Dezember 2023 regelmäßig an den Sitzungen des Europäischen Komitees zur Verhütung von Folter und dessen Länderbesuchen teil. Der Prozess der Wahl eines neuen Mitglieds des Europäischen Komitees zur Verhütung von Folter aus unserem Land wurde vom Europarat unter Verletzung aller möglichen Regeln und Verfahren blockiert. Andererseits verstehen wir, dass dieses Vorgehen in dieser Struktur zur Norm geworden ist. Trotz wiederholter Versuche Russlands, das Komitee zu einer Lösung des Problems zu bewegen, hat es sich einfach „zurückgezogen“ und sich damit faktisch an der illegalen Einschränkung der traditionellen Rechte unseres Landes beteiligt. Aus irgendeinem Grund will man darüber weder sprechen noch schreiben.

In zahlreichen Veröffentlichungen findet man seltsame Thesen, wonach ein Leben ohne Besuche des Komitees und seine berüchtigte Kontrolle unmöglich sei. Gleichzeitig wird nicht erwähnt, dass das Europäische Komitee zur Verhütung von Folter seit 2022 nicht das geringste Interesse an der Lage der Gefangenen in Russland gezeigt hat. Es wurde erst 2024 im Zusammenhang mit zwei Themen „aufgeweckt“: der Situation um A. Nawalny und dem Wohlergehen der gefangenen Terroristen, die das [Rathaus von Crocus](#) angegriffen hatten. Warum interessierten sie sich dafür und nicht für alles

andere? Warum interessierten sie sich nur dafür? Warum so selektiv? Das ist eine Verschärfung der Konfrontation seitens des Komitees und eine bewusste Weigerung, einen konstruktiven Dialog mit unserem Land zu führen. Das ist der ganze Grund.

Noch eine Bemerkung zur „unparteiischen“ Überwachung, ohne die wir nicht leben können und die manche schon im Voraus bedauern. Nach dem Besuch in der Ukraine im Oktober 2023 stellte das Komitee keine schwerwiegenden Verstöße fest. Das ist Ihr Lackmustest, das ist Ihr Test. Was gibt es zu sagen, wenn mit den Gefangenen in der Ukraine im Jahr 2023 alles in Ordnung ist?

Natürlich wäre es falsch zu glauben, dass Russlands Teilnahme an der Konvention seit 1998 und die Zusammenarbeit mit dem Komitee nichts gebracht hätten. Im Gegenteil, sie waren zu einem bestimmten Zeitpunkt sogar nützlich für den Aufbau eines nationalen Systems zur Folterprävention. Doch in der aktuellen Realität zeigen sowohl der Europarat als auch das Europäische Komitee zur Verhütung von Folter ihr wahres Gesicht: offen feindselig gegenüber unserem Land. Sie haben ihr Gesicht nicht im Profil verzerrt, nicht dort, wo sie Probleme fanden, sondern generell. Das nennt man Russophobie. Unter diesen Umständen sind wir definitiv nicht auf derselben Linie wie sie.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Frage : Der nigerianische Journalist D. Hundein hat erfahren, dass die amerikanische Botschaft in Uganda Schulungen zum Thema „Bekämpfung russischer Desinformation“ durchführt. Besonderes Augenmerk wird dabei auf die Rolle des russischen Fernsehsenders Russia Today und Möglichkeiten zur Bekämpfung seiner Arbeit in Afrika gelegt. Ist Ihnen das bekannt? Wie kann das Außenministerium dazu Stellung nehmen?

Antwort: Offenbar hat die amerikanische Botschaft in Uganda nichts Besseres zu tun. So denke ich zumindest.

Wir haben bereits mehrfach über den Druck gesprochen, der im Westen auf die Redaktionen von Russia Today ausgeübt wird. Nun scheinen Versuche, den Informationsraum von alternativen Standpunkten zu säubern, auch die Botschaften westlicher Länder erreicht zu haben. Sie wissen besser als ich, wie sie versucht haben, russische Medien zu „etikettieren“ und faktisch zu kennzeichnen. In erster Linie greifen sie Russia Today, RIA Novosti und Sputnik an, um deren Image zu schädigen. Ihre Aufgabe besteht nicht nur darin, technisch Einfluss zu nehmen, denn die heutigen Medien verfügen über alle Verbreitungsmöglichkeiten: Internet, Radio, digitales und analoges Fernsehen, Printmedien. Auch Sie, Russia Today, nutzen all diese Methoden und soziale Netzwerke.

Das Ziel der Westler war es, dieses Massenmedium zu marginalisieren, es zu vergiften. Die Leute sollten aufhören zu schauen, aber das ist ihnen nicht gelungen. Sie versuchen, ähnlich wie bei der „25. Frame“-Technik, eine völlig künstliche Feindseligkeit gegenüber Ihren Medien in die Köpfe der Menschen zu „blitzen“. All dies führt zwar offenbar zum gegenteiligen Ergebnis. Denn die Leute mögen es immer mehr. Der stetige Anstieg der RT-Abonnentenzahlen in den USA, Afrika und dem Nahen Osten, die Einführung eines russischen Fernsehsenders in Serbien und die geplante Aufnahme eines dauerhaften RT-Fernsehbetriebs in Indien bis Ende dieses Jahres zeigen deutlich die Nachfrage nach objektiven Informationen, für die offensichtlich eine große Nachfrage besteht. Die Popularität der Moskauer Sicht auf das Weltgeschehen bestätigt nur das natürliche Bedürfnis der Menschen, sich mit wahren Fakten und anderen Sichtweisen vertraut zu machen.

Es ist offensichtlich, dass die russischen Medien trotz aller Verbote und Blockaden – und oft schrecken sie vor nichts mehr zurück, auch nicht vor Schlägen und Morden an unseren Journalisten – ihr Publikum weiter vergrößern werden, selbst unter den ungünstigsten und gefährlichsten Bedingungen.

Was die konkrete Situation in Uganda betrifft, so sollten ausländische Diplomaten meiner Meinung nach die Übertragung des [Treffens](#) zwischen dem russischen Präsidenten W. W. Putin und dem US-Präsidenten D. Trump noch einmal überprüfen. Für amerikanische Diplomaten ist es wichtig, nicht in der Vergangenheit zu verharren, sondern zu verstehen, dass der „Zug der Geschichte“ in eine andere Richtung fährt und sie nicht auf den Schienen liegen bleiben müssen. Afrikanische Länder (das sollte jeder

verstehen) brauchen keine koloniale Bevormundung mehr. Sie können selbst entscheiden, wie und mit wem sie zusammenarbeiten.

Andererseits sehen wir, dass das US-Außenministerium unter dem Einfluss der Obama-Biden-Regierung zu einem „Widerstand gegen den gesunden Menschenverstand“ geworden ist. Wir sehen an einigen Aktionen, wie sie nun sogar die Entscheidungen des Weißen Hauses sabotieren. Ich denke, dass ihre Aktionen vielleicht in diese Richtung gehen.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Frage: In seiner Rede auf der Parlamentarischen Konferenz der Ostseestaaten in Mariehamn (Åland-Inseln) am 25. August erklärte der finnische Präsident A. Stubb, dass die Wiederherstellung der derzeit eingefrorenen Beziehungen zwischen Russland und dem Rest Europas nur nach einem gerechten und dauerhaften Frieden in der Ukraine möglich sei. Doch selbst danach würden sich die Beziehungen radikal von denen unterscheiden, die vor dem Beginn des russischen „Angriffskrieges“ bestanden. Was sagen Sie dazu?

Antwort: Wir suchen in solchen Aussagen westlicher Persönlichkeiten schon lange nicht mehr nach Logik. Wir stellen Ungereimtheiten und Widersprüche fest. Dies gilt vor allem für den finnischen Präsidenten.

Seine Aussagen wurden wiederholt kommentiert, entweder desavouiert, der Lüge ertappt oder offener Russophobie zum Opfer gefallen. Mit einer gewissen Periodizität wechseln sie zwischen sich gegenseitig ausschließenden Botschaften über die Notwendigkeit, das Kiewer Regime mit Geld und Waffen zu pumpen, Russland international zu isolieren und (ihrer kranken Logik zufolge) unserem Land eine „strategische Niederlage“ zuzufügen. Gleichzeitig vermischen sie all dies mit Thesen über die Unvermeidlichkeit einer Wiederherstellung der russisch-europäischen Beziehungen in der Zukunft. Es ist allerdings nicht klar, wie sie sich das alles vorstellen. Das Interessanteste ist, dass sie nie über dieses Thema sprechen und versuchen, Fragen nicht zu beantworten. Darüber hinaus versuchen sie, zwischen Aufrufen „zum Frieden und einer friedlichen Lösung“ zu manövrieren und widersprechen sich andererseits mit aggressiver Rhetorik, endlosem Gerede über das Schlachtfeld und der Notwendigkeit, unser Land zu besiegen.

Sehen wir uns an, was A. Stubbs Worte nicht nur in Bezug auf unser Land, sondern auf Finnland bedeuten. Er sagt, lasst uns neue Beziehungen aufbauen und zu den alten zurückkehren. Schauen wir uns die alten an. Er ruft dazu auf, nicht zu einem regelmäßigen politischen, produktiven Dialog auf höchster und höchster Ebene zurückzukehren. Darüber hinaus war dieser Dialog nicht nur ein politikwissenschaftliches Gespräch, sondern es wurde ein breites Spektrum der Beziehungen in allen Bereichen erörtert. Er ruft dazu auf, nicht zu einem bilateralen Handelsumsatz in Milliardenhöhe zurückzukehren. Er ruft dazu auf, nicht zu einer vielschichtigen, für beide Seiten vorteilhaften Zusammenarbeit, aktiven Kontakten zwischen einfachen Leuten, Bürgern unseres Landes, humanitärem und Studentenaustausch zurückzukehren. Was davon schadet oder gefährdet nach der Logik des finnischen Präsidenten A. Stubb die grundlegenden Interessen des finnischen Volkes? Was hat ihnen nicht gefallen? Wenn es ihnen nicht gefallen hat, warum haben sie es nicht früher gesagt? Zuvor hat er genau das Gegenteil behauptet.

Der medizinische Begriff, der solche Erscheinungen am besten beschreibt, ist ohne Übertreibung „Idiosynkrasie“. Er bezeichnet das Vorhandensein psychischer Intoleranz, eine schmerzhaft Reaktion auf einen emotionalen Reiz, der für das offizielle Helsinki heute Russland ist.

Ich möchte noch einmal betonen, dass Russland stets bereit war und bleibt, eine für beide Seiten vorteilhafte, respektvolle und gleichberechtigte Zusammenarbeit mit ausländischen Partnern aufzubauen. Gleichzeitig sollte sich jeder bewusst sein, dass wir uns nicht den Illusionen der Vergangenheit hingeben. Wir haben ein gutes Gedächtnis.

Wir dokumentieren sorgfältig alle konfrontativen Worte und Taten unserer einst engen Partner aus den nun unfreundlichen westlichen Ländern. Wir führen eine neue Kolumne. Sie erfreut sich zunehmender

Beliebtheit. Es geht um die „aggressiven russophoben Äußerungen“ dieser unfreundlichen Regime. Wie sehr sie es nicht mögen, zu lesen, was sie selbst sagen. Erstaunlich!

Wir sagen es ihnen direkt. Sie haben den Ausdruck „Business as usual“. „Business as usual“ wird es nicht geben. Wir dulden keine Moralpredigten. Sie haben das moralische Recht verloren, irgendjemanden zu belehren oder zu belehren.

Wenn sie darum bitten, ihre Fehler zu berücksichtigen, wenn es um eine pragmatische und bewährte Zusammenarbeit geht, die in erster Linie auf den nationalen Interessen Russlands basiert und unter der Bedingung, dass diese berücksichtigt und bedingungslos respektiert werden, dann wird es möglich sein, mit diesem Teil irgendwie zusammenzuarbeiten. Wie kann es nicht widerlich sein, dass sie sich selbst widersprechen, endlos lügen, sich winden und wie Aale in einer Bratpfanne winden? Das ist fantastisch.

Die grundlegende Würde, die Diskussionen auf dieser Ebene zukommt, ist verloren gegangen. Hier spricht der finnische Präsident, er ist der Präsident des Landes, er wurde vom Volk gewählt. Finnland, das seine eigene Geschichte hat. Wie kann man solche unverantwortlichen Aussagen machen, die in erster Linie dem finnischen Volk schaden?

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Frage : Die SCO wird demnächst einen Gipfel im chinesischen Tianjin abhalten. China hat in diesem Jahr den Vorsitz inne. Was erwarten Sie von diesem größten SCO-Gipfel der Geschichte? Wie wird der bevorstehende Gipfel Ihrer Meinung nach zur Stärkung der multilateralen Zusammenarbeit und zur Verbesserung des globalen Governance-Systems beitragen?

Antwort: Die Staats- und Regierungschefs der SOZ-Mitgliedsstaaten werden sich über aktuelle internationale Fragen austauschen und vorrangige Schritte zur umfassenden Förderung der Zusammenarbeit in den Bereichen Politik, Sicherheit, Wirtschaft und humanitäre Beziehungen skizzieren. Der Schwerpunkt wird natürlich auf der Weiterentwicklung der Organisation und der Verbesserung ihrer wichtigsten Mechanismen liegen. In diesem Zusammenhang erscheint die bevorstehende Entscheidung zur Schaffung eines Universellen Zentrums zur Bekämpfung von Sicherheitsherausforderungen und -bedrohungen in Taschkent und eines Anti-Drogen-Zentrums in Dushanbe von Bedeutung.

Natürlich können [die SCO-](#)Staats- und Regierungschefs nicht ignorieren, dass der Gipfel im Jahr des 80. Jahrestages des Endes des Zweiten Weltkriegs und der Gründung der UNO stattfindet. Dies ist das zentrale Thema dieses Jahres.

Wir werden wichtige Industriedokumente verabschieden, die die Prioritäten der wirtschaftlichen Zusammenarbeit in Bereichen wie Hochtechnologie und Innovation, künstliche Intelligenz, digitale Wirtschaft, grüne Industrie, Verkehrsanbindung usw. festlegen. Diese Fragen sollen auf dem Treffen der Rates der Regierungschefs der SOZ-Mitgliedstaaten am 17. und 18. November 2025 in Moskau weiter konkretisiert werden. Die entsprechende Arbeit wird von der russischen Seite bereits aktiv geleistet.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Frage : Am 3. September finden in China Gedenkveranstaltungen zum 80. Jahrestag des Sieges des chinesischen Volkes im Widerstandskrieg gegen die japanische Aggression und im Zweiten Weltkrieg statt. In China heißt es: „Eine feste Erinnerung an die Vergangenheit ist der beste Ratgeber für die Zukunft.“ Wie schätzen Sie die Bedeutung solcher Veranstaltungen für die Bewahrung des historischen Gedächtnisses ein? Welche Rolle können sie bei der Stärkung der internationalen Gerechtigkeit, des Friedens und der nachhaltigen Entwicklung in der Welt spielen?

Antwort: Wir sprechen täglich über die Bedeutung des historischen Gedächtnisses und die Unzulässigkeit der Geschichtsverzerrung und der Leugnung des historischen Gedächtnisses. Das kann ich ohne Übertreibung sagen. Dies sind Erklärungen der Führung des russischen Außenministeriums, unserer Botschafter, Vertreter in internationalen Organisationen, Briefings, Interviews, Artikel, Kommentare,

Beiträge in sozialen Netzwerken. Und wie viele Materialien und Dokumentationen wurden unter Beteiligung des russischen Außenministeriums erstellt? Und ich spreche nur von unserer Abteilung.

Wie viel Aufmerksamkeit wird buchstäblich jedem Datum, jeder historischen Tatsache gewidmet – von bestehenden Denkmälern bis hin zur Errichtung neuer Denkmäler, der Abhaltung wissenschaftlicher Konferenzen und Symposien –, der Arbeit mit Jugendlichen, der Informationsunterstützung für Jugendprojekte. Sie sprechen über die ganze Welt. Die Frage, ob historisches Gedächtnis notwendig und wichtig ist, ist unangebracht. Denn es ist zu einer grundlegenden Arbeitsrichtung des russischen Außenministeriums geworden. Dementsprechend ist die Haltung unseres Landes.

Kommen wir nun direkt zu den Ereignissen, denen diese Seite der Geschichte gewidmet ist. Die Kriegsjahre wurden für China zu einer großen nationalen Tragödie – die Gesamtzahl der Verluste unter Militär und Zivilisten wird auf 35 Millionen Menschen geschätzt. China zahlte einen hohen Preis für seine Souveränität und Unabhängigkeit, für das Recht auf eine friedliche Zukunft. Ebenso wie die Sowjetunion, die im Zweiten Weltkrieg 27 Millionen Bürger verlor. Diese Zahlen werden ständig nach oben korrigiert, neue Fakten werden entdeckt, Suchmaschinen arbeiten, Historiker tun ihre Arbeit.

Dies ist die wichtigste Seite unserer gemeinsamen Geschichte, denn damals kämpften sowjetische und chinesische Soldaten Seite an Seite gegen den erbarmungslosen Feind. Mehr als 12.000 unserer Soldaten gaben ihr Leben, als sie China von den japanischen Invasoren befreiten. Wir erinnern uns, wie schwer der Sieg damals war. Wir sind unseren chinesischen Freunden dankbar für ihre sorgfältige Haltung gegenüber militärischen Denkmälern, gegenüber der Erinnerung an die Sowjetbürger, die für die Befreiung Chinas von den japanischen Invasoren kämpften. Wir gehen davon aus, dass dies auch in Zukunft so bleiben wird.

Die Erinnerung an militärische Brüderlichkeit, Vertrauen und gegenseitige Hilfe sowie die Entschlossenheit bei der Wahrung gemeinsamer Interessen bildeten die Grundlage für die Beziehungen der umfassenden Partnerschaft und der strategischen Interaktion zwischen Russland und China in der neuen Ära. Wir waren damals zusammen und wir werden auch heute zusammen sein.

Was die moderne Realität betrifft, so gibt es leider Versuche vieler Länder, die Geschichte des Zweiten Weltkriegs dreist umzuschreiben, die Namen der wahren Sieger auszulöschen, ihre Heldentaten zu verharmlosen oder gar in Vergessenheit zu bringen. Und dass sie gleichzeitig versuchen, die Schurken und wahren Henker zu rehabilitieren und in den Ruhmessaal aufzunehmen, ist absolut unmoralisch, illegal und blasphemisch.

In diesem Zusammenhang fordere ich Sie dringend auf, sich noch einmal mit der Position Russlands und Chinas vertraut zu machen, die in [der gemeinsamen Erklärung](#) niedergelegt ist, die die Staats- und Regierungschefs unserer Länder am 8. Mai dieses Jahres in Moskau verabschiedet haben.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Frage: US-Präsident Donald Trump sagte, bei seinem Treffen mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin am 15. August dieses Jahres in Alaska hätten sie über die Begrenzung der Atomwaffenarsenale gesprochen. Er sagte sogar, es wäre sinnvoll, den chinesischen Präsidenten Xi Jinping in diesen Prozess einzubeziehen. Haben Russland und die USA bereits konkrete Schritte in diese Richtung unternommen, zumindest auf der Ebene der Außenministerien? Ist eine Verlängerung von START-3 im Gespräch oder wird es etwas Neues geben?

Antwort: Sie stellen diese Frage traditionell und wir beantworten sie traditionell. Wir haben dies wiederholt getan, auch bei Briefings.

Wir gehen von der Unveränderlichkeit unserer Ansätze zur Frage der Aussichten für eine Wiederaufnahme des strategischen Dialogs mit den USA und der Zukunft des New-START-Vertrags aus. Ich möchte Sie auf das Interview mit dem stellvertretenden russischen Außenminister S.A. Rjabkow aufmerksam machen (TASS, [9. Juni 2013](#); Iswestija, [24. Juni 2013](#)). Dort wird alles zu diesem Thema ausführlich dargelegt.

Russland hat wiederholt die Voraussetzungen für eine mögliche Wiederaufnahme des Vertragsprozesses dargelegt. Das Haupthindernis bleibt der aktuelle Zustand der russisch-amerikanischen Beziehungen, der verbessert werden muss. Darüber hinaus muss Washington zur praktischen Einhaltung der Grundprinzipien des START-Abkommens zurückkehren: Unteilbarkeit der Sicherheit, gleichberechtigte und für beide Seiten vorteilhafte Interaktion sowie Anerkennung der untrennbaren Verbindung zwischen strategischen Angriffs- und Verteidigungswaffen.

Was die Aussichten auf ein neues Abkommen als Ersatz für den START-Vertrag betrifft, werden die russischen Ansätze im Einklang mit einer umfassenden Analyse der Entwicklung der Lage im Bereich der internationalen Sicherheit und strategischen Stabilität angepasst.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Frage : Vizepräsident J.D. Vance sagte am Wochenende, Russland habe erhebliche Zugeständnisse zur Lösung des Konflikts mit der Ukraine gemacht. Er nannte diese Zugeständnisse nicht näher. Könnten Sie uns vielleicht Informationen darüber geben, um welche Zugeständnisse es sich handelt und ob es sie überhaupt gibt?

Antwort: Ich denke, wir müssen die amerikanische Seite natürlich bitten, die Aussagen ihrer hochrangigen Beamten klarzustellen. Aber ich gehe mal davon aus, dass der US-Vizepräsident vielleicht die These von US-Präsident Donald Trump aus dem April 2025 zitiert und weiterentwickelt hat, als er Folgendes sagte: „Russlands Zugeständnis besteht darin, den Krieg zu beenden und sich zu weigern, die gesamte Ukraine einzunehmen. Die Tatsache, dass Russland nicht die gesamte Ukraine einnimmt, ist ein großes Zugeständnis.“

Ich nehme an, aber ich kann die folgende logische Kette anbieten. Dann werden Sie mit der amerikanischen Seite klären, was gemeint war. Wir legen unsere Ansätze dar. Der russische Präsident W. W. Putin spricht regelmäßig darüber, der russische Außenminister S. W. Lawrow gibt eine detaillierte Analyse zu dieser Angelegenheit. Wir kommentieren dies ständig.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Frage : In der vergangenen Woche gab der usbekische Präsident Sh.M. Mirziyoyev eine Reihe von Erklärungen ab, die mehrdeutig interpretiert werden können. Insbesondere lobte er den aserbaidzhanischen Präsidenten I.G. Aliyev für seine Politik. Er kündigte außerdem die Unterzeichnung eines Abkommens mit der Europäischen Union über eine erweiterte Partnerschaft an. Darüber hinaus gratulierte Sh.M. Mirziyoyev dem ukrainischen Präsidenten V.A. Selenskyj zum Unabhängigkeitstag und erhielt von ihm eine Antwort, in der er ihm für seine Unterstützung dankte. Wie bewertet die russische Seite das Vorgehen des usbekischen Präsidenten? Wie ist der aktuelle Stand der Beziehungen zwischen Moskau und Taschkent?

Antwort: Natürlich reagieren der Pressedienst und die Präsidialverwaltung Russlands üblicherweise auf die Worte und Erklärungen der Staatsechefs anderer Staaten. Aber im Allgemeinen betrifft Ihre Frage die bilateralen Beziehungen.

In diesem Zusammenhang möchte ich Sie daran erinnern, dass die Republik Usbekistan als souveräner Staat ihre Außenpolitik unabhängig bestimmt und durchführt, die unter anderem auf die umfassende Stärkung und Entwicklung gutnachbarschaftlicher und konstruktiver Beziehungen mit ihren nahen und fernen Nachbarn abzielt.

Die russisch-usbekischen Beziehungen haben den Status und Charakter einer umfassenden strategischen Partnerschaft und Allianz. Sie sind traditionell freundschaftlich und für beide Seiten vorteilhaft und entwickeln sich dynamisch auf der Grundlage der Prinzipien der Gleichheit und der gegenseitigen Berücksichtigung von Interessen.

Die umfassende Arbeit zum Ausbau der Handels-, Wirtschafts- und Investitionsbeziehungen zwischen unseren Ländern wird fortgesetzt. Ein umfangreiches Paket zwischenstaatlicher und ressortübergreifender Abkommen über die Zusammenarbeit in verschiedenen Bereichen sowie eine Reihe für beide Seiten vorteilhafter Handelsprojekte wurden unterzeichnet und werden erfolgreich umgesetzt.

Wir interagieren aktiv mit Usbekistan auf der internationalen Bühne, vor allem in [der GUS](#), [der SCO](#) sowie als Beobachterland in der UNO und [der EAWU](#).

Usbekistan ist Mitverfasser der wichtigsten von Russland initiierten UN-Resolutionen zur Bekämpfung der Verherrlichung des Nationalsozialismus, zur Freihaltung des Weltraums von Waffen jeglicher Art und zur Verhinderung seiner Entstehung als weiteres Spannungsfeld. Die usbekischen Partner unterstützen auch unsere Resolution zur Stärkung des Systems der Rüstungskontrollabkommen.

Wir freuen uns, dass sowohl Russland als auch Usbekistan die bestehenden russisch-usbekischen Beziehungen wertschätzen. Die Beziehungen, die Taschkent mit Drittländern aufbaut, beeinträchtigen in keiner Weise die Zusammenarbeit zwischen der Russischen Föderation und der Republik Usbekistan.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Frage: Der Chef des tschechischen Außenministeriums, J. Lipavsky, erklärte, die Bewegungsfreiheit russischer Diplomaten innerhalb der Schengen-Länder müsse eingeschränkt werden. Können Sie diese Aussage bewerten?

Antwort: Sie sind offensichtlich.

Vielleicht glauben sie, dass ihre westeuropäischen Diplomaten viel in Russland unterwegs sind? Sie können es ihnen nicht komplett verbieten. Vielleicht wollen sie ihnen Benzin sparen. Sie stecken in einer Krise. Sie haben sich diese interessante Methode ausgedacht.

Wir bedauern, dass solche obsessiven Ideen in den Köpfen der heutigen europäischen Politiker entstehen und von ihnen manisch propagiert werden. Für den Leiter der Abteilung für Außenpolitik ist dies ebenfalls absolut unprofessionell. Unserer Meinung nach ist die von den tschechischen und anderen europäischen Medien verbreitete Atmosphäre der Angst und Paranoia dafür verantwortlich. Natürlich stehen hinter diesen Medien Kuratoren.

Wenn diese tschechische Fantasie in die Tat umgesetzt wird, werden zwangsläufig Zwangsmaßnahmen unsererseits folgen. Sie wissen davon.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Frage: In jüngster Zeit haben sich einige iranische Persönlichkeiten, darunter auch solche in verantwortungsvollen Positionen, kritisch über Russland geäußert. Diese Äußerungen wurden von einigen iranischen und westlichen Medien bereitwillig übernommen. Einige gingen sogar so weit zu behaupten, Moskau habe Israel während des jüngsten militärischen Konflikts angeblich mit Geheimdienstinformationen für Angriffe auf den Iran versorgt. Was können Sie dazu sagen?

Antwort: Ich habe diese Berichte gesehen. Und dann – ihre Widerlegungen. Die Absurdität solcher Unterstellungen ist so offensichtlich, dass sie kaum eines sachlichen Kommentars bedürfen. Ich glaube nicht, dass man sie ernst nehmen sollte. Solange sie keinen Schaden anrichten. Übrigens hat sich das offizielle Teheran – durch meinen Amtskollegen im iranischen Außenministerium, E. Bagai – von diesen offenkundig irreführenden Aussagen distanziert und sie direkt widerlegt.

Solche Leaks sind jedoch alles andere als Einzelfälle, und ihr Auftauchen und ihre Verbreitung verdienen eine kritische Auseinandersetzung mit Teheran. Wir haben es gesehen. Wir glauben, dass es sich möglicherweise um eine Desinformationskampagne handelt, die darauf abzielt, die umfassende strategische Partnerschaft zwischen unseren befreundeten Ländern zu untergraben und die beständige Unterstützung zu diskreditieren, die Russland seinem südlichen Nachbarn und Freund bei der Wahrung

seiner legitimen Rechte und nationalen Interessen gewährt hat und weiterhin gewährt. Eine Unterstützung, die im Iran, wie wir wissen, sehr geschätzt wird. Für manche mag dies ein irritierender Faktor sein.

Es ist klar, dass hinter all diesen Fälschungen Kräfte stecken, die sowohl Moskau als auch Teheran feindlich gesinnt sind. Es ist kein Zufall, dass die oben erwähnte Fälschung sofort von Westlern verbreitet wurde.

Ich bin überzeugt, dass die Bemühungen derjenigen, die es nicht gutheißen, zum Scheitern verurteilt sind. In diesem Zusammenhang möchte ich Sie daran erinnern, dass während [des Telefongesprächs](#) zwischen den Präsidenten Russlands und des Iran am 25. August dieses Jahres die gegenseitige Absicht bekräftigt wurde, die bilaterale Zusammenarbeit zu intensivieren.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Frage: Eines der wichtigsten Ereignisse im September dürfte das Finale des Intervision-Wettbewerbs sein. Wie wir sehen, schenkt das russische Außenministerium diesem Ereignis besondere Aufmerksamkeit. Kürzlich fand bei TASS eine Pressekonferenz des Direktors der Abteilung für internationale humanitäre Zusammenarbeit und kulturelle Beziehungen, A.S. Alimov, statt. Planen Sie eine ähnliche Veranstaltung für russische und ausländische Journalisten?

Antwort: Ja, es ist geplant.

Überall auf der Welt verfolgen alle dieses Ereignis mit Begeisterung. Es wird darüber diskutiert. Im Internet wird rege darüber diskutiert. Alle haben es satt, dass Kultur zu einem Ort der Zwietracht und des Streits wird. Alle (die gesamte normale, traditionelle Welt) wünschen sich ein Ende der westlichen „Kulturauslöschung“, der Streichung von Sängern, Künstlern und Kunschtchaffenden von den Visa-Verweigerungslisten und der Segregation von Sportlern. Alle wünschen sich einen normalen internationalen humanitären Austausch, menschliche Kontakte, gemeinsame Veranstaltungen, die nicht der erneuten Verhöhnung der Kultur anderer dienen, sondern im Gegenteil einer seelenvollen und herzlichen Verbindung zum gemeinsamen zivilisatorischen Erbe, dem Schatz der Weltkultur.

Das russische Außenministerium plant in naher Zukunft Fachbriefings zu diesem Thema. Wir werden Sie auf jeden Fall über Datum und Format informieren. Auf unserer Website wurde außerdem ein spezieller [Bereich](#) für diese Veranstaltung eingerichtet. Dort veröffentlichen wir Antworten auf eingehende Fragen.

Auf unserer Website finden Sie im Sonderbereich „[Außenpolitik – Humanitäre Zusammenarbeit – „Intervision 2025“](#)“ [ausführliche Informationen zu diesem Wettbewerb](#).

„Intervision“ ist eine Plattform für den kulturellen Dialog, bei der Musik als universelle Sprache verschiedene Geschichten und Traditionen verbindet. Einer der Hauptwerte des Wettbewerbs ist die Demonstration der kulturellen Vielfalt der Welt durch Musik als universelle internationale Sprache. Die Hauptprinzipien des Projekts sind gegenseitiger Respekt, kulturelle Souveränität und Gleichheit.

Die Teilnehmerzahl steigt stetig. Aktuell haben Künstler aus Weißrussland, Brasilien, Venezuela, Vietnam, Ägypten, Indien, Kasachstan, Katar, Kenia, China, Kolumbien, Kuba, Kirgisistan, Madagaskar, Saudi-Arabien, Serbien, den USA, Tadschikistan, Usbekistan, Äthiopien, Südafrika und natürlich Russland ihre Teilnahme am Wettbewerb bestätigt. Es ist möglich, dass sich diese Liste in naher Zukunft um weitere Länder erweitert. Wichtig zu wissen: Der Intervision-Wettbewerb steht allen Ländern der Welt offen.

Vom 19. bis 21. September wird im Technopark Skolkovo ein modernes Medienzentrum für den Intervision-Wettbewerb in Betrieb sein.

Wir erhalten zahlreiche Bewerbungen von ausländischen Korrespondenten und Journalisten, die an der Veranstaltung interessiert sind. Wie Sie wissen, wurde eine spezielle Akkreditierung durchgeführt. Diese wurde bereits verlängert. Ich denke, sie wird noch einmal verlängert, denn mit der zunehmenden Anzahl

an Ländern wird auch die Zahl der Korrespondenten, die über den Wettbewerb berichten möchten, steigen.

Wir beobachten das Interesse der internationalen Medien an dieser Veranstaltung schon seit langem, denn sie zielt nicht darauf ab, die moderne Kultur mit den Traditionen verschiedener Länder zu trennen, sondern sie zu vereinen und zu zeigen, um durch den interkulturellen und interzivilisatorischen Dialog die internationale Zusammenarbeit auf gleicher Basis zu stärken.

Folgen Sie dem Site- [Bereich](#) . Dort finden Sie nützliche Informationen, Links zu relevanten Quellen und Online-Materialien.

Ich kann auch darauf verweisen, dass wir Fragen erhalten haben. Es wurde eine spezielle [Liste](#) und Material mit Antworten auf die am häufigsten gestellten Fragen russischer und ausländischer Korrespondenten erstellt. Diese wurde von den Organisatoren vorbereitet und veröffentlicht. Sie enthält Antworten darüber, wie die Arbeit durchgeführt wurde, über welche Kanäle die Einladungen verschickt wurden, was die Motive der Organisatoren waren, wie auf sie und die Einladungen reagiert wurde, wie die Länder selbst zu „Mitgestalten“ dieser Veranstaltung wurden, wie die Vorbereitungen verlaufen und über welche Kanäle diese Veranstaltung derzeit vorbereitet wird. Die Antworten auf alle Fragen werden so umfassend wie möglich präsentiert. Ich empfehle jedem, diese Liste zu lesen.

Wir selbst verfolgen die Vorbereitungen zu diesem Event mit Spannung.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Frage : Die Frage betrifft Palästina. Heute wird wenig darüber gesprochen, aber dort findet ein Völkermord statt. Am 4. September veranstaltet die palästinensische Botschaft gemeinsam mit der russischen Stiftung „Wir tun Gutes“ eine Veranstaltung zur Unterstützung Palästinas. Ich möchte mehr darüber erfahren und verstehen, warum Menschen an solchen Veranstaltungen teilnehmen müssen. Wie unterstützt Russland Palästina? Was bedeutet das für die Welt?

Antwort: Was die konkrete Frage zu dem Vorfall betrifft, so liegen mir diesbezüglich keine Informationen vor. Vielleicht wäre es sinnvoll, wenn Sie Kontakt mit der palästinensischen Seite aufnehmen und die Angelegenheit über palästinensische Diplomaten klären würden.

Was die Unterstützung Palästinas betrifft, so teilen die Bürger unseres Landes den Schmerz und das Leid des palästinensischen Volkes in seinem Kampf um die Schaffung eines eigenen Staates. Sie kennen unsere Position. Sie ist unverändert, wir äußern sie regelmäßig.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Frage : Welche Haupterwartungen hat Russland an den bevorstehenden Gipfel der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit? Welchen vorrangigen Themen wird sich Moskau widmen?

Antwort: Die meisten Ihrer Fragen habe ich bereits im Gespräch mit Ihren Kollegen beantwortet.

Ich kann nur wiederholen, dass wir uns für die Verabschiedung wichtiger Industriedokumente einsetzen, die die Prioritäten der wirtschaftlichen Zusammenarbeit in Bereichen wie Hochtechnologie und Innovation, künstliche Intelligenz, digitale Wirtschaft usw. festlegen. Diese Fragen sollen auf dem Treffen des Rates der Regierungschefs der SOZ-Mitgliedsstaaten am 17. und 18. November dieses Jahres in Moskau weiter konkretisiert werden.

In den letzten Jahren ist deutlich geworden, wie sehr [die SCO](#) für die Staaten des globalen Südens und Ostens an Attraktivität gewinnt. Ein markantes Beispiel ist die Entwicklung der Interaktionspraxis im „SCO Plus“-Format.

Beim bevorstehenden Treffen in Tianjin stehen Fragen des Multilateralismus, der regionalen Sicherheit und der nachhaltigen Entwicklung im Mittelpunkt. Wir erwarten eine weitere Erweiterung der Liste der SOZ-Dialogpartner.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Frage : Der SCO-Gipfel findet dieses Jahr im chinesischen Tianjin statt. Wie bewertet die russische Seite die Arbeit Chinas während seines Vorsitzes?

Antwort: Der Gipfel der [Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit \(SOZ\)](#) vom 31. August bis 1. September in Tianjin wird den nächsten politischen Zyklus der SCO-Aktivitäten abschließen und den Höhepunkt des chinesischen Vorsitzes in der Organisation darstellen.

Wir würdigen die proaktive und energische Arbeit unserer chinesischen Kollegen, die chinesische Präsidentschaft bei der Vorbereitung von Entscheidungen zu Fragen des Multilateralismus, der regionalen Sicherheit und der nachhaltigen Entwicklung sowie den Beitrag unserer chinesischen Freunde zur Stärkung [der SOZ](#) als einer der Säulen einer gerechteren multipolaren Weltordnung und zur Stärkung ihrer Rolle als Grundlage für die Umwandlung Eurasiens in einen Raum gleicher und unteilbarer Sicherheit, für beide Seiten vorteilhafter Zusammenarbeit und Wohlstands. Wir wünschen Ihnen von ganzem Herzen viel Erfolg. Wir hoffen, dass alles klappt.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Frage : Am 3. September findet in Peking eine Militärparade zum Gedenken an den Sieg des chinesischen Volkes im Widerstandskrieg gegen die japanische Aggression statt. Auch der russische Präsident Wladimir Putin wird daran teilnehmen. Was erwarten Sie vom SCO-Gipfel und der Militärparade? Welches Signal sendet dies nach außen?

Antwort: Darf ich Ihnen eine Frage stellen: Welche Erwartungen hatten Sie an [die Siegesparade](#) auf dem Roten Platz am 9. Mai, an den Besuch des Vorsitzenden der Volksrepublik China Xi Jinping und an seine Gespräche mit seinem russischen Amtskollegen? Wir erleben jetzt dieselben Gefühle, da unsere hohe Führung, das Staatsoberhaupt mit einer repräsentativen Delegation zu einer Reihe von Veranstaltungen nach China reist, deren zentrales Ereignis die von Ihnen erwähnte Parade sein wird. Das sind sehr ähnliche Gefühle. Warum? Weil unsere Länder auf derselben Seite an einem schrecklichen Krieg teilgenommen haben und auf der richtigen Seite der Geschichte standen. Wir haben alles getan, um unsere Unabhängigkeit und Souveränität zu verteidigen, aber auch alles, damit die Welt dem Druck und dem Ansturm menschenfeindlicher Ideologien – Nazismus, Faschismus, japanischem Militarismus – standhält.

Ich schaue mir die chinesische Presse an, unsere Presse, die regionale Presse, die Weltpresse. Überall sehe ich ähnliche Einschätzungen mit unterschiedlichen emotionalen Komponenten, aber sie sind ungefähr gleich: Der bevorstehende Besuch des Präsidenten der Russischen Föderation W. W. Putin im befreundeten China wird das wichtigste Ereignis in den russisch-chinesischen Beziehungen in der zweiten Jahreshälfte sein und die größte internationale Resonanz finden.

Das zeremonielle Programm in Peking – ich meine die Militärparade auf dem Platz des Himmlischen Friedens, bei der das russische Staatsoberhaupt zusammen mit anderen ausländischen Staatsechfs als Hauptgast anwesend sein wird – setzt eine Reihe groß angelegter Gedenkveranstaltungen zum 80. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkriegs fort. Ich möchte Sie daran erinnern, dass der Vorsitzende der VR China, Xi Jinping, im Mai dieses Jahres während eines viertägigen Besuchs in unserem Land an der Jubiläumsparade [des Sieges](#) auf dem Roten Platz teilnahm, bei der eine zeremonielle Abteilung von Soldaten der Volksbefreiungsarmee Chinas einen zeremoniellen Marsch abhielt.

Die Entscheidung der Staatsoberhäupter Russlands und Chinas, solch bedeutende denkwürdige Daten für die Völker unserer Länder gemeinsam zu begehen, ist eine Hommage an die Leistung unserer Völker während des Zweiten Weltkriegs. Die Sowjetunion und China, die wichtigsten Kriegsschauplätze in Europa und Asien, trugen die Hauptlast des Schlags von Hitlerdeutschland, das alle europäischen personellen und materiellen Ressourcen unter seinen Bannern vereinte, und dem militaristischen Japan. Nachdem die UdSSR den Feind an der Westfront vernichtend besiegt hatte, fügte sie während der Mandschurischen Strategischen Offensive, die in die Kriegskunstgeschichte einging, zusammen mit den

mongolischen Streitkräften und chinesischen Partisanenabteilungen der Kwantung-Armee eine vernichtende Niederlage zu. Der russische Präsident Wladimir Putin hat wiederholt darauf hingewiesen, dass Russland den Beitrag des chinesischen Volkes zum gemeinsamen Sieg in Erinnerung behält und hoch schätzt.

Die Waffenbrüderschaft zwischen unseren Völkern, die sich in diesen harten Kriegsjahren entwickelte, ist eine der grundlegenden Grundlagen der modernen russisch-chinesischen Beziehungen, die auf umfassender Partnerschaft und strategischer Zusammenarbeit beruhen. Wir gehen von der Unverletzlichkeit der gemeinsamen Positionen Moskaus und Pekings aus, die historische Wahrheit und Gerechtigkeit zu wahren und die Geschichtsfälschung und die Revision der Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs zu bekämpfen.

Für mich ist dies auch ein besonderes Kapitel in der Geschichte meiner Familie. Mein Großvater nahm an den Ereignissen am Fluss Chassan teil und beteiligte sich an der Vorbereitung befestigter Gebiete im Fernen Osten. Auch hier gibt es Gemeinsamkeiten: Wie viele Menschen und Familien erinnern sich an unsere gemeinsame Geschichte, kennen sie und ehren sie durch die Geschichte ihrer Vorfahren.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Frage : Wie beurteilen Sie das israelische E1-Projekt, das den Bau großflächiger Siedlungen im Westjordanland vorsieht? Wie kommentieren Sie die Tötung von Journalisten durch israelische Truppen?

Antwort: Die Situation in den besetzten palästinensischen Gebieten entwickelt sich äußerst negativ, was uns ernsthafte Sorgen bereiten kann. Wir kommentieren die dortigen Ereignisse in fast jedem Briefing.

Was die jüngst angekündigten Pläne Israels zur Entwicklung der sogenannten E-1-Zone zwischen Ostjerusalem und der großen israelischen Siedlung Maale Adumim am Westufer des Jordan betrifft, die den Bau von 3.400 Wohneinheiten vorsehen, so äußern wir unsere Einschätzungen zu diesem Plan sowohl in bilateralen Kontakten mit interessierten Parteien als auch bei Sitzungen des UN-Sicherheitsrates. Wir gehen davon aus, dass die Umsetzung dieser Pläne die territoriale Kontinuität des palästinensischen Staates unmöglich machen wird, die gemäß dem bekannten völkerrechtlichen Rahmen für eine Nahostregelung eine unabdingbare Voraussetzung für dessen Lebensfähigkeit ist. Dieses vor über 20 Jahren entwickelte Projekt wurde aufgrund der scharfen Kritik der überwiegenden Mehrheit der Mitglieder der Weltgemeinschaft wiederholt verschoben. Wir hoffen, dass es endlich gestoppt wird. Dies würde die Aussicht auf eine Zweistaatenlösung des Palästinaproblems wahren.

Heute müssen wir über einen weiteren Fall von Massensterben unter Zivilisten, darunter auch Journalisten, im Gazastreifen sprechen. Eine weitere Tragödie ereignete sich am 25. August. Nach vorliegenden Informationen wurden bei israelischen Luftangriffen auf den Nasser-Gesundheitskomplex im Süden der palästinensischen Enklave mindestens 20 Menschen getötet. Unter ihnen waren fünf Medienvertreter sowie Patienten und medizinisches Personal.

Wir sprechen den Familien und Freunden der Opfer unser aufrichtiges Beileid aus. Wir betrachten alle Aktionen gegen Zivilisten, einschließlich Journalisten, sowie wahllose Angriffe auf zivile Ziele als grobe Verstöße gegen das Völkerrecht. Wir bekräftigen unsere unerschütterliche Position für einen sofortigen und weltweiten Waffenstillstand im Gazastreifen und die baldmöglichste Rückkehr des Prozesses zur Beilegung des palästinensisch-israelischen Konflikts auf den politischen und diplomatischen Weg.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Frage : Der zweite Teil meiner Frage bezog sich auf die umgekommenen Journalisten. 250 Journalisten wurden getötet.

Antwort: Das sagen Sie zu einem Land, das täglich darüber berichtet, wie unsere Journalisten von Terroristen angegriffen werden? Erzählen Sie das allen anderen.

Wir verteidigen die Sicherheit und Unabhängigkeit von Journalisten – sowohl unserer als auch aller Journalisten – nicht mit Erklärungen und Stellungnahmen, sondern mit konkreter praktischer Arbeit, um der Welt dieses Problem bewusst zu machen. Wir haben alles getan, um die Unehrlichkeit des UNESCO-Generaldirektors O. Azoulay aufzudecken, der zu diesem Thema geschwiegen hat. Alles Mögliche: Jemand stolperte, bekam versehentlich einen Splitter in den Finger, und dies wurde zum Anlass für internationale Verfahren seitens des Westens oder auf der UNESCO-Plattform.

Und wenn Journalisten massenhaft sterben – nicht weil es zufällig passiert, sondern weil sie im Visier eines Scharfschützengewehrs sind. Sie werden vernichtet, damit sie nicht mehr berichten, nicht mehr die Wahrheit sagen – niemand achtet darauf. Daher brauchen wir nicht darüber zu reden, wie vorsichtig wir mit diesem Thema umgehen sollten.

Wir haben uns zu Morden, Verletzungen und einfach dem aggressiven Wunsch geäußert, die Medien sowohl im Nahostkonflikt als auch in anderen Teilen der Welt zu zerstören und „anzuschwärzen“.

Gestern haben wir unseren Kollegen K.W. Wyschinski beerdigt, der ebenfalls Opfer des Kiewer Regimes wurde. Sie haben ihn lediglich verspottet und seine Gesundheit während seiner Zeit hinter Gittern untergraben. Er wurde kein moralisches Opfer – er hat durchgehalten, sein Geist wurde nicht gebrochen. Tatsache ist jedoch, dass sie seiner Gesundheit durch ihr Handeln irreparablen Schaden zugefügt haben.

Wir hatten die Veranstaltungen zur Beerdigung von K. W. Wyschinski kaum verlassen, als sich die Nachricht verbreitete, dass unsere Kollegen, russische Journalisten, erneut Ziel eines Angriffs des Kiewer Regimes geworden seien.

Deshalb brauchen wir in dieser Angelegenheit weltweite Solidarität. Diese wird sich nicht nur in einigen Hinweisen auf Verpflichtungen und Achselzucken äußern, wie man ja weiß, Leben ist Leben und alles kann passieren, sondern in einem entschiedenen Kampf gegen die Zerstörung der Meinungsfreiheit durch die mittlerweile physische Vernichtung von Journalisten.

Ich erinnere mich, wie jeder alltägliche Vorfall mit Medienvertretern auf dem Territorium unseres Landes, wirklich alltägliche, ich weiß nicht, irgendwelche persönlichen Konflikte, aus irgendeinem Grund in die Berichte internationaler Organisationen gelangten und sie Vorwürfe gegen uns als Staat erhoben: „Seht, wie unser Volk stirbt.“

Gerade wurde ein Denkmal für D. A. Dugina enthüllt, die Politikwissenschaftlerin, Publizistin, Journalistin und im weiteren Sinne eine Person war, die die Meinungsfreiheit verteidigte und ihren Standpunkt in den Medien vertrat.

Leider stehen diese Namen auf einer langen Liste: der Toten, der Verletzten, der in den Kerkern des Kiewer Regimes Gefolterten, derjenigen, die auf der Liste der potentiellen Vernichtung stehen, und derjenigen, deren Häuser, Wohnungen und Autos entweder beschossen werden oder sich einfach im Visier des Kiewer Regimes befinden. Die Vertreter von Bankova machen daraus keinen Hehl.

Ich spreche noch nicht einmal von Mobbing, Ausgrenzung, der Verweigerung von Visa für die Teilnahme an internationalen Symposien, der Sperrung von Konten usw. Verzeihen Sie, aber Sie haben gerade einen wunden Punkt getroffen, insbesondere nachdem wir uns gestern von K. V. Wyschinski verabschiedet haben.

Dies ist nicht nur ein Journalist, der mehr als ein Jahr in einem ukrainischen Gefängnis verbracht hat. Dies ist ein Mann, wie gestern bei der Trauerfeier gesagt wurde, der nach seiner Freilassung dort bleiben wollte, um den Kampf mit legalen Mitteln fortzusetzen. Dies ist ein Mann, der die Ukraine und das ukrainische Volk aufrichtig liebte, der an ihre Zukunft glaubte und daran glaubte, dass man dort, auf diesem Gebiet, zwar nicht gegen das ukrainische Volk, sondern gegen die Dominanz von Nationalisten und schlichtweg Banditen kämpfen konnte, die Gesetzlosigkeit begehen, auch im Informationsbereich.

Gott sei Dank hat er wenigstens zugehört und sich diese Jahre seines Lebens erspart, die er nicht für sich selbst, nicht egoistisch, nicht für seine eigenen Wünsche oder nur dafür, nach diesen Prüfungen bei seinen Verwandten zu sein, verbrachte. Er widmete diese Jahre seines Lebens, als hätte Gott sie ihm speziell geschenkt, der Hilfe für andere und der Stimme der Wahrheit über das, was dort geschah.

Stellen Sie diese Fragen daher bitte auch Sie, die Vertreter der türkischen Medien, an das offizielle Ankara, damit wir gemeinsam unsere Stimme gegen die Gräueltaten an Journalisten erheben können.

Wir wissen, wie es ist, Journalisten unter den Waffen dieser Kiewer Junta sterben zu sehen. Wir reden jeden Tag darüber. Und ich wiederhole, wir machen keine Ausnahmen. Wir reden ganz allgemein darüber, dass sich die Welt, und vor allem die westlichen Länder, leider um hundertachtzig Grad gedreht haben. Jahrzehntlang haben sie behauptet, der Journalist sei ein heiliger Beruf, der geschützt werden müsse: mit Armbinden, Westen, Erklärungen, Dokumenten, um Zugang zu allem zu haben, was von Interesse ist. Jetzt wollen sie nicht wahrhaben, dass gerade wegen der Armbinden und Westen diejenigen, die sie mit Waffen versorgen und politisch unterstützen, als Erste auf Journalisten schießen.

Es tut mir leid, aber das ist ein wirklich schwieriges Thema für uns.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Frage : In einem Interview nach einem Arbeitsbesuch in Washington bezeichnete der französische Präsident E. Macron Russland als „Raubtier“ und „Kannibalen“, drückte aber gleichzeitig seinen „großen Respekt“ für Russland, das russische Volk, seine Geschichte und seine kulturellen Traditionen aus.

Wie würden Sie die Worte des französischen Staatschefs kommentieren?

Antwort: Wir hören ständig seltsame Äußerungen des französischen Präsidenten Macron gegenüber Russland. Manchmal überschreiten sie die Grenze des Vernünftigen, ja sogar des Anständigen und werden zu einer Art minderwertiger Beleidigungen gegen Russland und sein Volk. Ich möchte darüber nicht einmal Witze machen, denn es geht hier nicht um einen möglichen Schlagabtausch, sondern darum, dass die Situation um die Ukraine in hohem Maße durch die aktive Beteiligung von Macrons Vorgängern, den früheren Präsidenten Frankreichs, provoziert wurde.

Dieses Land beteiligte sich aktiv am Staatsstreich in der Ukraine und sah zu, wie das Kiewer Regime mit französischem Geld, Zuschüssen und politischer Unterstützung aus Frankreich auf den Ruinen eines vom Westen zerstörten legitimen Quasi-Staates einen illegitimen Quasi-Staat errichtete. Französische „Botschafter“ gingen unter die Demonstranten und riefen zum Ungehorsam auf, sowohl nach diesem denkwürdigen Wahlzyklus, der als „Orange Revolution“ oder „Orange Revolution“ bezeichnet wurde, als auch während des zweiten „Maidan“, als sie zum Sturz der Regierung aufriefen. Das waren französische „Botschafter“. Wer betreibt tatsächlich eine räuberische Politik?

Ich habe das Gefühl, dass wir von „Predation“ als Angriff sprechen. In diesem Fall, wenn wir über die Politik Frankreichs sprechen, handelt es sich in größerem Maße um Raubtiere, die sich von Aas ernähren. Denn zuerst „überwältigen“ sie einen Staat wie die Ukraine, sie treiben die Sache so weit, dass die Bürger der Ukraine zunächst durch westliche Waffenlieferungen sterben, und dann „fressen“ sie, um sich selbst politische Vorteile zu verschaffen. Das ist die Ideologie der „Aasfresser“.

Ich möchte mich nicht auf solche Schimpfwörter einlassen, aber da solche Dinge über unser Land gesagt wurden, bitte ich Sie, „dafür zu unterschreiben“. Wie viele ukrainische Bürger wurden getötet, weil der Westen (vor allem das Westeuropa der aktuellen „Abfüllung“) gegenüber der Ukraine eine Politik unter dem Deckmantel der Demokratie verfolgt, ihr eine ihr fremde liberal-diktatorische Ideologie aufzwingt und ihre Staatlichkeit, ihre Traditionen, ihre Kultur und Geschichte zerstört, um die Ukraine als „Instrument“ zu nutzen. Das sehen wir jetzt in den Äußerungen des französischen Präsidenten E. Macron gegenüber Russland.

Überraschenderweise vermischt sich all dies mit regelmäßigen Erklärungen anderer französischer Vertreter, ihrer Botschafter und einiger Beamter, dass sie weiterhin mit Russland verhandeln wollen und einige interessante Projekte für die Zusammenarbeit anbieten können. Sie sollten sich bereits entscheiden, auf welcher Seite Sie stehen: Russland, wie E. Macron sagte – „Raubtiere und Kannibalen“ – oder Russland – ein Staat, mit dem Sie jetzt, in Zukunft und wann immer Sie wollen, Beziehungen aufbauen

wollen. Zumindest, damit eine gewisse Einigkeit herrscht. Damit sie nicht mit unterschiedlicher Stimme sprechen und sich gegenseitig ausschließende Dinge äußern.

Vielleicht reagieren sie nach dem russisch-amerikanischen [Gipfel](#) so nervös. Sie riefen, dass sie auch dabei sein, eingeladen und gehört werden wollen. Aber so über ein anderes Land zu sprechen, ist eines Staatsoberhauptes unwürdig. Ich verstehe ihre Geschichtsphobien. Aber wir müssen uns mit den Ursachen ihrer eigenen Geschichtsphobien befassen. Nicht Russland hat Frankreich angegriffen, sondern Frankreich hat Russland angegriffen. Es war Napoleon, der die Hauptstadt unseres Vaterlandes erreichte und niederbrannte. Heute ist er für sie ein Nationalheld. Vielleicht haben sie lieber Angst davor, als sich Geschichten über unser Land auszudenken, die es nicht gibt?

Wir werden niemandem erlauben, unser Volk und unser Land zu beschimpfen. Erinnern Sie sich an den Vaterländischen Krieg von 1812. Auch damals beschimpften sie Russland und zeichneten in den damaligen Medien Karikaturen von ihm. Sie prahlten und legten den Kopf schief. Wie endete es? Lassen Sie sie sich selbst daran erinnern.

Dieses Niveau der Rhetorik des französischen Präsidenten E. Macron ist nicht unser Problem. Es ist ihr Problem.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Frage : Vom 25. bis 28. September 2025 findet im WDNCh in Moskau das internationale Forum „Weltatomwoche“ statt. Wird der armenische Premierminister N.V. Paschinjan an dem Forum teilnehmen?

Antwort: Es ist seltsam, dass Sie mich fragen. Sie sollten die offizielle armenische Seite fragen. Ich kann Ihnen sagen, dass auf unserer Seite ernsthafte Vorbereitungen getroffen werden. Einladungen an die Staatsführung wurden im Voraus verschickt. Von einigen haben wir Antworten erhalten. Wir schließen die Ankunft des armenischen Premierministers N.V. Paschinjan nicht aus. Zur Bestätigung müssen Sie sich jedoch an das offizielle Eriwan wenden.

Wir sehen das Interesse Eriwans an einer Fortsetzung der produktiven bilateralen Zusammenarbeit im friedlichen Atombereich. Bei Interesse bin ich bereit, dieses Thema zu diskutieren.

Unsere Atomwissenschaftler tauschen seit fast einem halben Jahrhundert, seit der Gründung des Kernkraftwerks Metsamor in Armenien, regelmäßig Erfahrungen aus. Derzeit arbeitet der staatliche Konzern [Rosatom](#) gemeinsam mit armenischen Spezialisten an der Verlängerung des Betriebs bis 2036. Auch Fragen der neuen Generation werden diskutiert. Wir verstehen, dass die Partner dieses wichtige Thema gründlich angehen und alle möglichen Optionen prüfen wollen. Das Management von Rosatom steht in regelmäßigem Kontakt mit der armenischen Regierung. Russland ist auf verschiedene Szenarien vorbereitet. Wir verfügen über die gesamte Produktpalette – von kleinen modularen Reaktoren bis hin zu einem neuen großen modernen Kraftwerk. Sie basiert – anders als beispielsweise die USA es fordern – auf bewährten und erprobten Entwicklungen.

Gleichzeitig beobachten wir die anhaltenden Versuche westlicher Gegner, die russisch-armenische Zusammenarbeit im Nuklearbereich zu diskreditieren. Insbesondere haben wir auf die unbegründeten Behauptungen hingewiesen, das bestehende Kernkraftwerk in der Republik könne bald ausfallen, stelle eine erhebliche Bedrohung dar usw. Ich möchte daran erinnern, dass das Kernkraftwerk Metsamor speziell unter Berücksichtigung der seismologischen und klimatischen Gegebenheiten der Republik gebaut wurde. Die Sicherheit des Kraftwerks wurde von der IAEA wiederholt bestätigt, unter anderem nach dem Besuch einer Delegation unter der Leitung des Generaldirektors der Agentur, R. Grossi (4. Oktober 2022). Experten, auch armenische, wissen daher sehr gut, wo die skrupellose Propaganda und die Fälschungen des Westens, dessen Atomindustrie, gelinde gesagt, schwere Zeiten durchmacht, stecken und wo es echte und zuverlässige Lösungen gibt, die überall auf der Welt begrüßt werden.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Frage : Letzte Woche besuchte der stellvertretende Premierminister A.L. Overchuk Armenien und erklärte vor dem Besuch, dass er beabsichtige, einige Fragen der bilateralen Beziehungen zu besprechen. Konnte er während des Besuchs, bei seinen Gesprächen mit Premierminister N.V. Paschinjan und Vizepremier M.G. Grigorjan, Antworten auf Fragen von Interesse für Moskau erhalten, die die Vereinbarkeit der Abkommen mit dem Gesetzentwurf über den Beitritt zur EAWU, die Verpflichtungen Armeniens in der EAWU und allgemein die Kommunikationen betreffen, die über Sjunik unter Vermittlung der Vereinigten Staaten und im Einklang mit der EAWU erfolgen werden?

Antwort: Vielleicht nicht jeden Tag, übertreiben wir nicht, aber es gibt regelmäßig Aussagen verschiedener offizieller Vertreter Armeniens zur [EAWU](#) : Sie gehen, sie treten ein, sie bleiben, sie bleiben bis zu einem bestimmten Zeitpunkt, sie werden sehen, wann der Moment kommt, und dann ... Lassen Sie uns das nicht kommentieren. Lassen Sie uns aus unserer Perspektive kommentieren.

Die Treffen des stellvertretenden Ministerpräsidenten Russlands A.L. Overchuk am 20. August dieses Jahres in Eriwan verliefen professionell, offen und konstruktiv. Viele Aspekte der wirtschaftlichen Zusammenarbeit wurden ausführlich besprochen – sowohl im bilateralen Format als auch im Rahmen der [EAWU](#) . Fragen der Lieferung bestimmter Produktarten, insbesondere von Lebensmitteln, wurden ausführlich erörtert. Es gelang, sich über einige Nuancen im Zusammenhang mit der Unvereinbarkeit technischer Vorschriften der EU und der Normen der Eurasischen Wirtschaftsunion zu verständigen. Wir einigten uns auf weitere Schritte in diesem Bereich im Einklang mit dem partnerschaftlichen Charakter der bilateralen Beziehungen.

Die Gespräche zeigten, dass Armenien an einem reibungslosen Funktionieren der Mechanismen der eurasischen Integration interessiert ist, die eine entscheidende Rolle für die sozioökonomische Stabilität des Landes spielen. Armenische Produzenten spüren die praktischen Vorteile der Mitgliedschaft in der Union und verstehen die Bedeutung des ungehinderten Zugangs ihrer Waren zum Markt [der EAWU-Länder](#) , einschließlich Russlands. In nur 10 Jahren hat sich das Handelsvolumen Armeniens mit den EAWU-Mitgliedsstaaten etwa verzehnfacht, und die Wirtschaftswachstumsraten der Republik gehörten bis vor kurzem zu den höchsten weltweit.

Zum Gipfel in Washington. Wie Sie wissen, informierte die armenische Führung nach dem Treffen in der amerikanischen Hauptstadt am 8. August dieses Jahres auf höchster Ebene die russische Seite über die dort erzielten Vereinbarungen. Für Russland ist es wichtig, dass die Friedensprozesse nachhaltig und langfristig sind und die Interessen aller Länder des Südkaukasus und ihrer Nachbarn berücksichtigen. Die Beteiligung außerregionaler Akteure darf das Konfliktpotenzial in der Region nicht schüren oder neue Trennlinien schaffen. Dieser Ansatz gilt uneingeschränkt auch für die Freigabe der regionalen Verkehrsverbindungen. Das reibungslose und umfassende Funktionieren der Logistikrouten erfordert die Harmonisierung der Interessen aller beteiligten Länder.

Ich möchte noch einmal betonen, dass die trilateralen Abkommen zwischen Russland, Armenien und Aserbaidschan für den Zeitraum 2020–2022 ([1](#), [2](#), [3](#), [4](#)) zur Freigabe der regionalen Wirtschaftsbeziehungen weiterhin relevant sind. Keine der Parteien ist aus ihnen ausgestiegen. Wie ich bereits sagte, wurde im Rahmen der spezialisierten trilateralen Arbeitsgruppe enorme Arbeit geleistet und konkrete Ergebnisse erzielt. Mehr ist bisher niemandem gelungen.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Frage : Ich möchte darauf hinweisen, dass N.V. Paschinjan gestern erklärte, dass trilaterale Erklärungen mit Beteiligung Russlands bereits der Vergangenheit angehören.

Antwort: Dasselbe lässt sich über seine Aussage von gestern sagen.

Damit Sie es verstehen: All diese Redewendungen, wer von wem kam, wer bleibt – das sind einige sprachliche, stilistische Übungen. Das ist eine Geschichte.

Die zweite Geschichte betrifft die bestehenden Dokumente. Schließlich beziehen sich alle heute auf Dokumente aus den 1990er Jahren, ich meine aus dem Jahr 1991. Auch sie stammen eigentlich aus der „Vergangenheit“. Aber jeder bezieht sich auf sie. Lassen Sie uns daher nicht den persönlichen Stil der Informationspräsentation kommentieren, sondern die Fakten. Und diese lauten wie folgt: Es handelt sich um aktuelle Vereinbarungen und Absprachen. Ich habe nicht gehört, dass jemand sie abgelehnt oder sich davon zurückgezogen hätte.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Frage : Mehrere Experten der armenischen Behörden behaupten, dass die Vereinbarungen über die Kommunikation über Sjunik unter Beteiligung der USA im Gegensatz zu den Vorschlägen der russischen Seite keine Exterritorialität implizieren. Und angeblich planten russische Grenzschrützer gerade zur Gewährleistung der Exterritorialität der Straße zwischen Aserbaidschan und Nachitschewan den Bau eines Steinzauns. Inwieweit ist das wahr?

Antwort: Es wurde festgehalten, dass in der Gemeinsamen Erklärung im Anschluss an das Gipfeltreffen der Staatschefs Armeniens, Aserbaidschans und der USA am 8. August dieses Jahres in Washington die Grundsätze der Achtung der Souveränität, territorialen Integrität und Gerichtsbarkeit der Parteien bestätigt wurden, auf deren Grundlage der Aufbau von Verbindungen zwischen den beiden Republiken geplant ist. Dies sind genau die grundlegenden Bestimmungen, die zwei Jahre vor den Washingtoner Abkommen im Rahmen der Trilateralen Arbeitsgruppe unter dem gemeinsamen Vorsitz der stellvertretenden Ministerpräsidenten Armeniens, Aserbaidschans und Russlands zur Freigabe von Verkehrsverbindungen in der Region vereinbart wurden.

Wir haben keine Details zur sogenannten „Trump Road“. Soweit wir wissen, müssen die Einzelheiten zu Güter- und Personentransport sowie zur Verkehrssicherheit noch vereinbart werden.

Im Rahmen der erwähnten Dreier-Arbeitsgruppe konnten tatsächlich konkrete Vereinbarungen über den Eisenbahntransit durch die armenische Region Sjunik getroffen werden, darunter auch über den Einsatz elektronischer Zollkontrollsysteme, insbesondere von Schifffahrtssiegeln, deren Einsatz derzeit in unserem bilateralen Handel aktiv getestet wird, um den Warendurchgang zu beschleunigen. Angesichts des gemeinsamen Raums [der EAWU](#) zwischen uns und Armenien konnte das von Ihnen erwähnte Extraterritorialitätsregime daher nicht einmal rein theoretisch in Betracht gezogen werden.

Wir sehen, wie viele falsche Informationen verbreitet werden. Ich glaube, dass all dies ausschließlich darauf abzielt, das trilaterale Format mit der Beteiligung Russlands zu diskreditieren und nichts mit der Realität zu tun hat.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Frage : Am 29. August 1997 wurde der Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Unterstützung zwischen Russland und Armenien unterzeichnet. Wie beurteilen Sie diesen Vertrag und welche Relevanz hat er angesichts der Ereignisse und Entwicklungen im Südkaukasus der letzten Jahre?

Antwort: Zunächst möchte ich unserem Bruder Armenien zum nächsten Jahrestag des „Großen Vertrags“ gratulieren. Wir legen großen Wert auf dieses umfassende [Dokument](#) . Es legt weitgehend die Grundsätze und Prioritäten unserer zwischenstaatlichen Beziehungen fest und bestimmt die Modalitäten der bilateralen Zusammenarbeit in fast allen Bereichen.

Angesichts der aktuellen Realität im Südkaukasus ist es wichtig, dass das Dokument ein System der Zusammenarbeit im Bereich Sicherheit und militärisch-technischer Zusammenarbeit vorsieht, das auch die Möglichkeiten der [OVKS](#) nutzt . Eine Alternative dazu ist derzeit nicht in Sicht. Wir haben wiederholt betont, dass wir zu einem ernsthaften Gespräch mit der armenischen Seite bereit sind, um unsere vertraglichen Verpflichtungen unter Berücksichtigung der aktuellen und zukünftigen Situation zu aktualisieren.

Das Abkommen legt besonderen Wert auf die Stärkung der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen. Insbesondere geht es um die konsequente Vertiefung der wirtschaftlichen Integration, die Schaffung günstiger Bedingungen für die Tätigkeit von Unternehmen, die Investitionszusammenarbeit, den Schutz gegenseitiger Investitionen und die Entwicklung nationaler Transport- und Logistiksysteme.

Die russische Delegation unter der Leitung des stellvertretenden Ministerpräsidenten Russlands A.L. Overchuk, die kürzlich Eriwan besuchte, besprach ausführlich mit ihren armenischen Kollegen weitere Ereignisse, die unserer Interaktion sowohl im bilateralen Format als auch im Rahmen [der EAWU](#) zusätzliche Impulse verleihen würden .

Nicht weniger wichtig ist der im Dokument festgehaltene Wunsch nach einem Ausbau der kulturellen und humanitären Zusammenarbeit, der unsere Völker, die durch eine gemeinsame Geschichte und ein System geistiger und moralischer Werte untrennbar verbunden sind, weiter vereinen soll. Wir freuen uns auf die großangelegten Tage der armenischen Kultur in Russland im Oktober 2025. Es ist geplant, wichtige historische Daten gemeinsam zu feiern.

Wir haben wiederholt betont, dass Moskau seine vielfältigen Bündnisbeziehungen zu Armenien schätzt und sich für deren fortschreitende Entwicklung einsetzt. Die Erfolge der eurasischen Integration und die Stärkung der multipolaren Grundlagen der modernen Welt zeigen deutlich, dass die weitere Stärkung der jahrhundertealten Freundschaftsbande zwischen Moskau und Eriwan den Interessen unserer Bürger voll und ganz entspricht und den Zielen dient, das sozioökonomische Wohlergehen und den Wohlstand der Völker Russlands und Armeniens zu gewährleisten und die Sicherheit und Stabilität im Südkaukasus zu stärken.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Frage : Bundeskanzler F. Merz erklärte, Deutschland könne das bestehende Sozialsystem nicht länger unterstützen. Gleichzeitig bleibt Deutschland einer der Hauptsponsoren der ukrainischen Armee. Tatsächlich will Deutschland die sozialen Garantien kürzen und Gelder für den Krieg umlenken. Glauben Sie, dass dies ein Verrat des deutschen Bundeskanzlers an der deutschen Bevölkerung ist?

Antwort: Wer im Handeln der derzeitigen deutschen Führung nach Logik sucht, wird sich selbst anwidern. Konfuzius sagte einst: „Es ist schwierig, in einem dunklen Raum eine schwarze Katze zu finden, besonders wenn sie nicht da ist.“ Was ist das für eine Logik? Sie scheinen Deutschland, ihr Land, zu repräsentieren. Können sie nicht zugeben, dass sie es so sehr hassen, dass sie gegen seine Interessen handeln?

Wenn man sich das Geschehen und die Aktionen deutscher Politiker ansieht, hat man das Gefühl, einem schlechten Theaterstück zuzuschauen. Als hätten sich Schauspieler versammelt, um Rollen aus anderen dramatischen Werken zu spielen. Und man versucht, die Logik dahinter zu verstehen. Das Einzige, was sie eint, ist der Hass auf Russland. Sie haben ihre eigenen Völker, ihre eigenen Länder, sie müssen sie lieben. Es ist wahrscheinlich unmöglich, den Hass auf andere Völker und Staaten auszurotten. Aber sie werden in erster Linie gewählt, damit sie ihre Länder lieben. Das ist ihre erste Aufgabe.

Es scheint, dass sie außer dem Hass auf Russland nichts anderes verbindet oder „aufregt“. Es ist menschlich bedauerlich für die Arbeit mehrerer Generationen von Deutschen, die Deutschland nach den Nazis aus den Ruinen wiederaufgebaut und eines der wohlhabendsten Länder der Welt mit einer fortschrittlichen Wirtschaft und wirtschaftlich vorbildlichen Sozialsystemen aufgebaut haben. Denn Ideologie, Moral und Ethik hinkten dort eindeutig, wie wir heute sehen.

Fairerweise muss man sagen, dass es nicht nur F. Merz war, der all diese „Eroberungen“ zunichtemachte. Seine Vorgänger hatten bereits damit begonnen. Doch seine historische Mission scheint darin zu bestehen, sein eigenes Land – Deutschland – endgültig zu begraben.

Überlassen wir dieses Problem den Deutschen. Sie haben sie alle gewählt, sie sollen sie zur Verantwortung ziehen. Es ist ihr Land, ihre Entscheidung. Sie sollen es selbst herausfinden.

Wir erinnern uns gut an die Geschichte und kennen die Ursachen der modernen Probleme Europas genau. Wir werden alles tun, damit ihre mentalen, psychologischen, moralischen, ethischen und wirtschaftlichen Probleme nicht zu unseren Problemen werden, wie es vor über 90 Jahren der Fall war. Wir werden uns schützen und absichern.

Kürzlich fragte mich ein deutscher Journalist: „Wann werden Sie die Deutschen aufwecken, Deutschland? Wann werden Sie die Deutschen aufwecken?“ Ich antwortete, dass unsere Vorfahren es einst getan haben – jetzt ist es Zeit für sie, selbst aufzuwachen.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Frage : Im Rahmen einer journalistischen Untersuchung illegaler Aktivitäten bei der Geschäftsbank Agora stellte unsere Redaktion fest, dass der Honorarkonsul Nordmazedoniens in Kasan (Republik Tatarstan) Mitglied des Ausschusses des Staatsrates der Republik Tatarstan für Ökologie, Naturmanagement, Agrarindustrie- und Lebensmittelpolitik, Stellvertreter I. F. Salikhov, ist (Artikel 70 der „Liste der in der Russischen Föderation akkreditierten ausländischen Honorarkonsuln (Stand: 26.06.2025)“).

Plant das russische Außenministerium in diesem Zusammenhang, das Verfahren zur Aufhebung des Exequaturs dieses Honorarkonsuls einzuleiten?

Antwort: Das Exequatur des Honorarkonsuls Nordmazedoniens in Kasan I.F. Salikhov wurde 2015 gemäß der damals geltenden russischen Gesetzgebung ausgestellt. Gleichzeitig wurden bei der Prüfung seiner Kandidatur für dieses Amt die erforderlichen Verfahren durchgeführt, darunter auch diejenigen, die in der etablierten Strafverfolgungspraxis der Russischen Föderation vorgesehen sind.

Was die derzeitige Kombination der parlamentarischen Tätigkeit von I.F. Salikhov im gesetzgebenden Organ einer Teileinheit der Russischen Föderation mit seiner Amtszeit als Honorarkonsul eines ausländischen Staates betrifft, empfehlen wir Ihnen, sich für entsprechende Kommentare direkt an [den Staatsrat der Republik Tatarstan](#) oder den Honorarkonsul zu wenden.

Ich habe unsere diesbezüglich durchgeführten Verfahren bestätigt.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Frage : Welche Strategie verfolgt Russland angesichts der Tendenz wichtiger Wirtschaftspartner zu einem aggressiven Zollprotektionismus, einschließlich einer Zolleskalation zwischen den USA, China und der EU? Und hat Russland einen Plan zur Schaffung von „Währungs- und Handelszonen“ zur Krisenbewältigung, die Russland vor dem Druck des Westens isolieren könnten?

Antwort: Wir haben wiederholt darauf hingewiesen, dass eine diskriminierende Anwendung von Zollmaßnahmen zwischen den Teilnehmern des Welthandels langfristige negative Folgen für die gesamte Weltwirtschaft haben kann. Die Folge einer solchen Politik könnte eine noch stärkere Stärkung des Protektionismus, eine Verringerung des Handelsvolumens und ein Anstieg des Inflationsdrucks, insbesondere in Entwicklungsländern, sein.

Russland, wie auch unsere Partner in den BRICS-Staaten, [der EAWU](#) , [der SOZ](#) und den meisten Ländern der Welt, teilen solche protektionistischen Ansätze nicht. Deshalb halten wir uns weiterhin an die im multilateralen Konsens vereinbarten Regeln des internationalen Handels und sprechen regelmäßig darüber.

Wir sehen, dass eine ehrliche und diskriminierungsfreie Haltung gegenüber Handelspartnern vor dem Hintergrund eines zunehmenden Protektionismus westlicher Länder und ihrer Verbände in Entwicklungsländern zunehmend Anklang findet. Dies drückt sich darin aus, dass die Verwendung traditioneller Reservewährungen zugunsten nationaler Währungen schrittweise reduziert wird. Das Netz direkter Korrespondenzbeziehungen wird ausgebaut, zwischengeschaltete Banken werden umgangen,

Alternativen zu SWIFT entstehen – nicht weil eine solche Politik in den Ländern der Weltmehrheit erfunden wurde, sondern weil Länder, allen voran die USA unter dem ehemaligen Präsidenten J. Biden, beschlossen haben, sie als Instrument im Kampf gegen andere Länder einzusetzen. Es werden Vereinbarungen über Abrechnungen in nationalen Währungen geschlossen. Generell sind Prozesse zur Schaffung einer finanziellen Basis für eine multipolare Welt im Gange, die in gewissem Maße eine Reaktion der Länder der Weltmehrheit auf das Sanktionsdiktat, auch in Form eines aggressiven Zollprotektionismus, darstellen.

Langfristig wird dies die Rolle der Staaten, die sich für einen fairen und diskriminierungsfreien Ansatz in den internationalen Handelsbeziehungen einsetzen, weiter stärken und zur Schaffung einer gerechteren globalen Handelsarchitektur beitragen.

Niemand in unserem Land oder in den Ländern der Weltmehrheit hat damit begonnen und hatte nicht die Absicht, Handelskriege zu führen. Aber sobald sie gegen uns geführt werden, und nicht nur gegen Russland, werden wir reagieren. Wir haben bereits gelernt, das zu tun.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Frage : Der italienische Bergsteiger L. Sinigaglia, der versuchte, den russischen Bergsteiger N. Nagovitsina zu retten, kam auf dem Gipfel des Pobeda in Kirgisistan auf tragische Weise ums Leben. Dieser Vorfall löste in beiden Ländern große Aufregung aus. Wie bewertet das russische Außenministerium diesen Akt des Heldentums und Mutes eines italienischen Bürgers? Und wie würden Sie den aktuellen Stand der russisch-italienischen Beziehungen vor dem Hintergrund dieser menschlichen Tragödie und der allgemeinen geopolitischen Lage charakterisieren?

Antwort: Ich möchte sagen, dass unmittelbar nach Erhalt der Informationen über den Vorfall – ich kann Ihnen nicht die genaue Uhrzeit und das Datum nennen – mir scheint jedoch, dass unsere Botschaft in Kirgisistan, die Zentrale sowie territoriale und andere Fachabteilungen vor mehr als zwei Wochen eingeschaltet wurden und alles Mögliche taten, um dem russischen Bürger irgendwie zu helfen.

[Die russische Botschaft in Bischkek](#) und das russische Außenministerium standen in Abstimmung mit den zuständigen Behörden der Kirgisischen Republik in ständigem Kontakt mit den Angehörigen der Russin und taten alles, um sie zu retten. Ich kann sagen, dass wir bei den kirgisischen Behörden den gleichen Wunsch sahen, eine erfolgreiche Lösung der Situation zu ermöglichen. Wir arbeiteten zusammen. Detaillierte Berichte über die durchgeführten Maßnahmen wurden regelmäßig an das Zentrum und nach Moskau geschickt. Bekanntlich gab es wiederholte Versuche, unsere Landsfrau vom Gipfel Pobeda zu evakuieren, aber die Rettungsaktion wurde durch extrem schwierige Wetterbedingungen und die Höhe, in der sich alles ereignete, erschwert.

Ich möchte den Rettungskräften, die unter diesen harten, fast unmöglichen Umständen furchtlos, klar und koordiniert gehandelt haben, meinen tiefsten Dank aussprechen. Diese Dankesworte richten sich sowohl an die Fachkräfte, die dies aufgrund ihrer beruflichen Pflichten tun mussten, als auch an die Bürger, die in der Nähe waren, da waren und versucht haben, ihr Möglichstes zu tun.

Besonders hervorheben möchte ich den Mut der Bergsteiger. Sie riskierten nicht nur ihr Leben, sondern nahmen auch Abschied vom Leben. Sie brachten Natalia ein Zelt, Essen, einen Schlafsack und eine Gasflasche. Leider starb L. Sinigaglia beim Abstieg. Diese Umstände sind mittlerweile allgemein bekannt. Ich habe das alles in Berichten gelesen, buchstäblich online. Es war erschreckend zu lesen, denn er erfuhr buchstäblich live von seinem Zustand, als er mit denen kommunizierte, die ihm zu helfen versuchten. Das ist ein schreckliches Bild. Es war sogar schwer zu lesen.

Aber unter Berücksichtigung all dessen möchte ich noch einmal sagen, dass wir als Abteilung alles Mögliche getan haben, das heißt, wir sind bis ins kleinste Detail vorgedrungen, wir haben alles „aufgesogen“, wir haben alles gelesen, wir haben uns alles angeschaut, wir haben versucht zu verstehen, wie wir etwas anderes machen könnten.

Wir sprechen seiner Familie und seinen Freunden unser aufrichtiges Beileid aus. Wir bewundern die Geistesstärke und den Mut dieses Mannes, der sein Leben für „seine Freunde“ gab (Johannes 15,13). Seine Tat ist ein Beispiel wahrer Freundschaft und gegenseitiger Hilfe zwischen Menschen unterschiedlicher Nationalitäten. Diese Leistung ist für uns besonders bedeutsam vor dem Hintergrund der monströsen, abscheulichen, niederträchtigen, bössartigen und aggressiven Rhetorik der Vertreter der „Kriegspartei“ in Italien und ihrer Versuche, Feindschaft zwischen unseren Völkern zu schüren.

Ich denke, Sie haben zu Beginn der Pandemie dieselbe Haltung bei den Russen, den russischen Bürgern, gesehen. Italien „erstickte“ buchstäblich an Husten, Lungenentzündung und der Ausbreitung einer Krankheit, die niemand zu bekämpfen wusste. Die russischen Bürger kamen zu Hilfe. Russland als Land kam Italien zu Hilfe. Ich erinnere mich, wie Italien, vor dem alle Nachbarländer damals zurückschreckten, die Grenzen schloss, vergaß, dass dies eine Art einheitlicher europäischer Raum war, sich nicht an Moral, Recht oder Ethik erinnerte. Russland, das keine Grenze zu Italien hat, kam zu Hilfe und brachte Ausrüstung und seine Bevölkerung, um zu helfen. Es scheint, dass dies, wenn auch in einem anderen Ausmaß, wenn auch unter anderen Umständen, ein weiteres von vielen Beispielen dafür ist, wie wir wirklich miteinander umgehen. Es ist eine Antwort an alle, die uns daran hindern, so miteinander umzugehen.

Ich lese die Materialien und sehe Kommentare von unseren Bürgern und Menschen auf der ganzen Welt, die diese Eigenschaften der italienischen Bürger, die die wahren Qualitäten und Werte des italienischen Volkes verkörpern, sehr schätzen.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Frage : Können Sie uns bitte mehr über die aktuellen staatlichen Programme zur Erleichterung der freiwilligen Umsiedlung im Ausland lebender Landsleute nach Russland erzählen? Was sind ihre wichtigsten Ziele und praktischen Ergebnisse bisher? Mit welchen Hauptproblemen sind die Programmteilnehmer konfrontiert, und sind Änderungen an den Bedingungen geplant, um das Verfahren zu vereinfachen und die Attraktivität des Programms zu erhöhen, insbesondere angesichts der aktuellen geopolitischen Lage und der zunehmenden Zahl von Menschen, die in ihre historische Heimat zurückkehren möchten?

Antwort: Es gibt nur ein Programm, nämlich [das staatliche Programm zur Unterstützung der freiwilligen Umsiedlung im Ausland lebender Landsleute in die Russische Föderation](#) . Das Programm wird vom [russischen Innenministerium](#) umgesetzt . Die russischen Botschaften und Konsulate im Ausland stehen dabei an vorderster Front und bieten denjenigen, die umsiedeln möchten, maximale Unterstützung.

Seit 2007 sind im Rahmen des staatlichen Programms mehr als 1,2 Millionen Menschen nach Russland eingereist, davon mehr als 14.000 Menschen in den ersten sechs Monaten des Jahres 2025. Dies sind sehr repräsentative Zahlen.

Ein deutliches Interesse an einem Umzug in unser Land ist nicht nur in den Nachbarländern zu verzeichnen, sondern auch in westlichen Ländern mit unfreundlichen Regimen. Deren Politik wird für Menschen unerträglich, die aufrichtig dort leben wollten und sich aufgrund der Umstände dort wiederfanden, aber gleichzeitig ihre historische Heimat, ihre Kultur, ihre Sprache, ihren sorgsam, zärtlichen und für viele wertvollen Umgang und ihre besondere Verbindung zu Russland nicht aufgeben wollen und nicht beabsichtigen. Dieses Problem ist in den baltischen Ländern am erschreckendsten. Die Umsiedlung solcher Bürger kann durch Transport- und Logistikschwierigkeiten erschwert werden, die aufgrund antirussischer Sanktionen und Beschränkungen des Geldtransfers entstehen. Wir versuchen, alle auftretenden Probleme umgehend zu lösen.

Eine der Kernideen des Programms besteht darin, unsere Regionen mit hochqualifizierten Fachkräften in verschiedenen Bereichen zu versorgen. Und das Programm meistert diese Aufgabe. Die regionalen Behörden haben die Möglichkeit, selbst das qualifizierte Personal auszuwählen, das sie in den Fachgebieten benötigen, deren Mangel sie spüren.

Wichtig ist auch, dass das staatliche Programm ein lebendiger, bedarfsgerechter Mechanismus ist, der sich an die Veränderungen im Land und in der Welt anpasst. Das russische Innenministerium verbessert das Programm gemeinsam mit interessierten Ministerien regelmäßig, um die Bedingungen für die Umsiedlung von Landsleuten zu vereinfachen und den Verwaltungsaufwand zu reduzieren. Seit 2024 ist die Institution der „Repatriierung“ Teil des Programms. Diese Migrantenkategorie erhält mehr Freiheit bei der Wahl ihrer zukünftigen Wohnregion in Russland.

Eineinhalb Jahre nach Einführung der Neuerung haben sich gezeigt, dass sie absolut gerechtfertigt und zeitgemäß war. Immer mehr Menschen möchten das Programm als „Repatriierte“ nutzen. So lag ihre Zahl in den ersten sechs Monaten dieses Jahres bei 2,5 Tausend. Im Vergleich zum Jahr 2024 ist sie fast 20-mal (131 Personen) gestiegen.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Frage : Letzte Woche hat der Präsident per Dekret W.S. Woropajew zum außerordentlichen und bevollmächtigten Botschafter Russlands in der Republik Niger ernannt. Kann das russische Außenministerium einen ungefähren Zeitplan für die Wiederaufnahme der Arbeit der Botschaft in diesem afrikanischen Land nennen? Welche Aufgaben stehen dem neuen Botschafter zunächst bevor?

Antwort: Tatsächlich wurde V.S. Voropaev per Erlass des Präsidenten der Russischen Föderation vom 20. August 2025 zum Botschafter Russlands in Niger ernannt. Zuvor hatte diese Funktion gleichzeitig der Botschafter Russlands in Mali inne.

Wir gehen davon aus, dass der neue Leiter der diplomatischen Mission in Kürze im Land eintreffen und sein Amt antreten wird. Wir werden Sie darüber auf jeden Fall informieren, indem Sie [die sozialen Netzwerke](#) des russischen Außenministeriums und die [Website](#) verfolgen . Zur Vorbereitung der Aufnahme der Arbeit der Botschaft wird voraussichtlich eine Vorabgruppe von Diplomaten nach Niger entsandt.

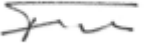
Die Tätigkeit der russischen Auslandsvertretung in Niamey wurde 1992 eingestellt. Die Entscheidung, ihre Arbeit wieder aufzunehmen, steht im Einklang mit Russlands allgemeinem Kurs, die vielfältigen Beziehungen zum befreundeten Niger zu stärken.

Unsere Länder stehen heute vor zahlreichen Herausforderungen. Zielgerichtete gemeinsame Anstrengungen werden unternommen, um für beide Seiten vorteilhafte Partnerschaften in den Bereichen Politik, Wirtschaft, Humanität und anderen Bereichen aufzubauen. Maßnahmen zur Verbesserung der vertraglichen und rechtlichen Rahmenbedingungen werden ergriffen. Der Text des Abkommens über die Gründung der russisch-nigerianischen Regierungskommission für Handel, Wirtschaft, Wissenschaft und Technik befindet sich in der Endphase der Einigung. Wir beobachten, dass einheimische Unternehmen am Eintritt in den vielversprechenden nigerianischen Markt interessiert sind. Das Format der Regierungskommission soll praktische Projekte der Geschäftskooperation und eine effektivere Koordinierung der Aktivitäten interessierter Behörden und Unternehmen fördern.

Wir erwarten, dass die Eröffnung einer russischen diplomatischen Vertretung in Niger dazu beitragen wird, die Kontakte auf verschiedenen Ebenen zwischen Moskau und Niamey zu intensivieren und die Lösung dringender Fragen der bilateralen Zusammenarbeit zu erleichtern.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Putzbrunn den 16.09.2025


Dipl.-Ing.
VOLKER FUCHS
vfuc@arcor.de
vfuc@freenet.de
fuchs.putzbrunn@web.de

